

Nr. 34 – 2024/4

In dieser Ausgabe

EINDRUCK

*das Magazin für Politik
von Bündnis C*

Ampel-Aus

Vorgezogene
Bundestagswahl

Europa – woher
und wohin?



Zeit des Übergangs

bündnis C
Christen für Deutschland

www.buendnis-c.de



EINDRUCK
das Magazin für Politik
von Bündnis C

Nr. 34 – 2024/4 – Inhalt

Editorial	4
Bundesparteitag 2024	6
Europa – woher und wohin?	7
ECPYouth Sommer-Schule 2024	9
Reduzierung der Unterstützungsunterschriften.	11
Gebetsaufruf	12
Erhöhung Mitgliedsbeitrag.	12
Spendenaufruf	13
Aus den Landesverbänden	14
Ich bin dafür	27
Ampel-Aus: Ist der Zug gestoppt?	28
Wahlen im Osten, eine eingestürzte Brücke und Hochwasser: Wo sind die Brückenbauer?	30
Wann wird Kritik an Israel zu Antisemitismus?	31
Pressemitteilungen	32
Kurzstatements	34
Infomaterial zum Weitergeben	37
Schlusswort.	38
Impressum.	Rücks.

Es begrüßt Sie herzlich der Bundesvorstand:

Hartmut Voß, Annette König, Andrea Rehwald,
Karin Heepen, Mathias Scheuschner,
Verena Thümmel, Ute Büschkens-Schmidt

(von li. nach re.)



Liebe Mitglieder und Interessenten, sehr geehrte Damen und Herren,

Am 2. November hatte Bündnis C – Christen für Deutschland seinen Bundesparteitag 2024 im Evangelischen Allianzhaus in Bad Blankenburg. Wenige Tage später war die Ampel-Regierung Geschichte, und damit auch manche unserer Planungen für das Wahljahr 2025. Auch wenn wir Gott danken können, dass die amtierende Bundesregierung den Weg freigemacht hat für Neuwahlen, bringt der anvisierte Wahltermin am 23. Februar 2025 für uns in Bündnis C wie für alle kleinen Parteien erhebliche Nachteile mit sich.

Listen für die Bundestagswahl haben aktuell die Landesverbände Sachsen und Hessen aufgestellt. Baden-Württemberg plant für den 7. Dezember die Aufstellung seiner Kandidaten, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sind noch in Planung. **Bitte helfen Sie den Verbänden beim Sammeln der jeweils 2000 Unterstützungsunterschriften!** Vorausgesetzt, dass es beim angekündigten Wahltermin bleibt, ist der Termin für die Einreichung der Wahlvorschläge der 20. Januar. Dazwischen liegen Weihnachten und Neujahr, wo auch unsere Mitglieder Pause machen dürfen und die Behörden maximal auf Sparflamme arbeiten. Wir brauchen also viele Helfer und einige Wunder, um die 2000 Unterschriften in den Bundesländern zu schaffen. Realistisch ist es nach einschlägigen Erfahrungen nicht. Aber mit Ihrer Hilfe wollen wir in einigen Bundesländern auf dem Wahlzettel stehen, um bei der Bundestagswahl präsent zu sein. **Bereits eine zur Wahl zugelassene Landesliste verschafft Bündnis C bundesweite Präsenz im Wahl-o-mat, bei anderen Wahlprüfsteinen, in der Presse, in den Sozialen Medien.**

Die Formblätter für die Unterstützungsunterschriften finden Sie auf den Landesseiten der Verbände. Bitte schicken Sie das Formular an Freunde und Familie in den jeweiligen Bundesländern, unterschreiben Sie selbst und lassen Sie bitte möglichst umgehend das Wahlrecht von Ihrer Meldebehörde bestätigen. Es ist absehbar, dass viele Ämter aufgrund der Flut der Unterstützerunterschriften in der kurzen Zeit überfordert sein werden.

Aus diesen Gründen haben wir alle Bundestagsfraktionen angeschrieben, wegen des vorgezogenen Wahltermins eine Änderung von § 20 Abs. 2 und § 27 Abs. 1 BWahlG auf den Weg zu bringen, die die erforderlichen Unterstützungsunterschriften für Kreiswahl-

vorschläge und Landeslisten für die Bundestagswahl 2025 deutlich reduziert. Das Schreiben finden Sie in diesem Heft. Eine entsprechende Klage der Familienpartei und der ÖDP bei der vorgezogenen Bundestagswahl 2005 wurde vom Bundesverfassungsgericht abgewiesen. Aufgrund der Corona-Pandemie beschloss der Bundestag jedoch für die Bundestagswahl 2021 eine Reduzierung der nötigen Unterschriften. In dieser Hoffnung haben sich unsere Verbände auch jetzt an den Start begeben, dass am Ende die vorliegenden Unterschriften hoffentlich ausreichen, um die Wahlvorschläge einzureichen.

In jedem Fall wird es ein sehr kurzer Wahlkampf. Die 5%-Hürde werden wir nicht schaffen. Aber wir wollen gerade in dieser Zeit unsere Möglichkeiten des Wahlkampfes nutzen, um im zunehmenden Chaos unserem Land ein Politik-Angebot auf christlicher Grundlage zu machen. Wir befinden uns in einer Zeit politischer Umbrüche in Deutschland, Europa und weltweit. **Diesen Übergang sind wir gerufen mitzugestalten, zu wachen, zu beten, Stellung zu beziehen und den Weg zu bahnen für das Wirken Gottes, von dem allein Heilung für unser Land kommen kann.** Mit dem Aus der Ampel ist der Zug ins Abseits für Deutschland nicht gestoppt. Weder von der CDU noch von den bisherigen Regierungsparteien ist eine grundsätzliche Umkehr zu einer Politik nach biblischen Maßstäben zu erwarten. Dazu braucht es eine geistliche Erneuerung im Land, die sich auch in der Politik niederschlagen wird.

Eine ermutigende Perspektive dazu vermittelte die unserem Bundesparteitag vorgeschaltete **ECPM-Veranstaltung** in Bad Blankenburg, von der wir Ihnen in diesem Heft berichten. Marton Gyöngyösi, vormaliger Europaabgeordneter und neuer Direktor für internationale Beziehungen der ECPM, sprach über die neuen Herausforderungen im Europäischen Parlament nach den Europawahlen 2024, über die Schwerpunkte der neuen EU-Kommission und die politischen Speerspitzen der ECPM. Ludwig Grünert berichtete von der Summer School der ECPYouth, der Jugendorganisation der ECPM. Und Michael Ragg (Ragg's Domspatz GbR) erschloss die biblischen Grundlagen europäischer Werte und unserer Kultur und wie wir als Christen damit in den multiplen Krisen unseres Kontinents als kreative Minderheit Einfluss nehmen und aktiv wer-

den können. Wenn es drauf ankommt, entscheidet nicht die große Masse, wie eine Kultur sich weiterentwickelt, sondern einzelne Menschen, die den Unterschied machen. Deshalb ist hier und heute die Frage, ob ein konservativer Umbruch Europa wieder vom Kopf auf die Füße stellen wird oder wie wir **als Christen zu Katalysatoren für das Wirken Gottes werden in Politik und Gesellschaft**. Wir werden die 80er Jahre des letzten Jahrhunderts nicht zurückbekommen, sondern brauchen innovative Lösungen aus biblischer Quelle. Nicht in allem, wo christlich oder konservativ dran steht, ist auch christlich drin. Wir müssen tiefer graben, aus welcher Quelle welche Politik kommt. Das ist die Herausforderung für uns in dieser Zeit des Übergangs, in der wir stehen.

Um diese Arbeit tun zu können, muss unsere Partei finanziert werden. Zuerst möchte ich Ihnen herzlich danken für den Mitgliedsbeitrag und die Spenden, die Sie an Bündnis C treu zahlen. Damit halten Sie den Betrieb aufrecht und ermöglichen unsere politische Arbeit. Der Bundesverband hat 2023 dennoch mit einem Jahresverlust von etwa 15 000 Euro abgeschlossen. Für 2024 weist die Buchhaltung bisher einen Jahresverlust von etwa 8 000 Euro aus. Das schränkt auch unsere Möglichkeiten für die vor uns liegenden Wochen des Wahlkampfes sehr ein. Infolge der allgemeinen Kostensteigerungen decken die Mitgliedsbeiträge und Spenden nur noch die laufenden Kosten des Geschäftsbetriebes und lassen kaum Spielraum für Wahlwerbung. Der Bundesparteitag hat deshalb nach ausführlicher Diskussion die **Erhöhung des Mitgliedsbeitrages** auf 90 €/Jahr für Einzelpersonen und 130 €/Jahr für Ehepaare beschlossen. Der Mindestbeitrag mit Antrag auf Ermäßigung beträgt 30 €/Jahr. Wir bitten Sie für diese Erhöhung um Verständnis, und dass Sie Bündnis C weiter die Treue halten. Sehr dankbar sind wir für eine Spende zum Jahresende, um unser Jahresdefizit auszugleichen und etwas Spielraum für die Bundestagswahl im Februar zu haben. Der Einzug der Mitgliedsbeiträge für 2025 erfolgt turnusmäßig Mitte Februar.

Wir haben beim Bundesparteitag außerdem die **Zukunft unseres Parteimagazins EINDRUCK** zur Diskussion gestellt. In Zeiten der Digitalisierung verlieren Printmedien immer mehr Leser. Für die Herstellung des Hefts, das Sie in den Händen halten, wenden wir erhebliche Arbeit, Zeit und Kosten auf. Deshalb möchten wir Sie fragen: Wären Sie auch mit einer digitalen Ausgabe zufrieden? Wünschen Sie sich die Beiträge kürzer und das Heft kompakter? Was schätzen Sie und was würden Sie weglassen? Haben Sie neue Ideen dazu? Wir laden außerdem zur Mitarbeit in einem Re-

daktionsteam ein, wofür wir vor allem eine/n versierte/n Lektor/in suchen. Gern möchten wir Ihnen weiterhin unsere politischen Stellungnahmen, Berichte aus den Verbänden, Pressemitteilungen und alle Mitgliederinformationen zukommen lassen, wie Sie sie auch in diesem Heft finden. Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldungen.

Lassen Sie uns zum Ende dieses Jahres in eine Zeit der Ruhe finden trotz Wahlkampf. Der Leitende Bischof der VELKD, Landesbischof Ralf Meister, hat vor einer heißen Wahlkampfphase in der Advents- und Weihnachtszeit gewarnt: *„Auf die Glanzlichter, die diese vier Wochen in den Alltag bringen, freuen sich viele Menschen, ob christlich oder nicht. Wollen wir wirklich Wahlkampf und Weihnachtsmärkte, Adventsbeleuchtung und Wahlplakate, Familienfeiern und politische Streits vermischen? Menschen brauchen Phasen der Besinnung, um bei klarem Verstand zu bleiben. Das gilt erst recht in einem Jahr, das uns mit seinen Krisen und Infragestellungen an den Rand der Erschöpfung gebracht hat.“*¹

Und ich möchte ergänzen, das den Aktiven in Bündnis C mit der Europawahl, Kommunalwahlen und der Landtagswahl in Sachsen viel abverlangt hat. Deshalb schauen wir trotz Bundestagswahl zuerst auf Jesus Christus, den kommenden Herrn, der über allen Wahlen steht, der uns aufrichtet, gründet und kräftigt. Kein blinder Aktionismus, sondern was ihn Ihm getan wird, bringt Frucht. Vergessen wir über den eigenen Sorgen nicht Israel und die Ukraine im Gebet und mit praktischer Hilfe, wo es uns möglich ist.

Möge uns die Freude über die Geburt des Retters durch diese Zeit des Übergangs leiten. Ich wünsche Ihnen eine gesegnete Advents- und Weihnachtszeit und uns allen ein friedliches Jahr 2025!

Im Namen des Bundesvorstandes,



Karin Heepen

Bundesvorsitzende
Bündnis C

¹ https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/241112%20pm_VELKD_Meister%20zur%20Wahl%20im%20Advent.pdf

Bundesparteitag 2024

Der Bundesparteitag in Bad Blankenburg war wieder ein besonderes Erlebnis in diesem Jahr. Diesmal hatten sich besonders viele Delegierte und Gäste angemeldet. Schon beim gemeinsamen Gebet am Vorabend spürte ich die Verbundenheit im Einstehen für die Politik in Deutschland.

Am Freitagabend und Samstagmorgen gab es eine Veranstaltung der ECPM zum Thema: „Die christlichen Wurzeln Europas würdigen und die Zukunft gestalten“ mit inspirierenden Vorträgen und intensiven Diskussionen.

Beim Bundesparteitag am Samstagnachmittag gab es nach Gebet und Andacht den Rechenschaftsbericht des Bundesvorstandes, bei dem neben vielen Aktionen und inhaltlicher Arbeit der Europawahlkampf im Mittelpunkt stand. Die Erstellung des Europawahlprogramms, von Werbematerial und des Wahlspots, Wahlveranstaltungen, Kurzvideos der Kandidaten, Interviews und Öffentlichkeitsarbeit lagen weitgehend in der Verantwortung des Bundesvorstandes, ebenso politische Statements zu aktuellen Ereignissen und Pressemitteilungen. Bei den inhaltlichen Stellungnahmen stand seit dem 7. Oktober 2023 vor allem Israel im Fokus neben der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland unter der Ampel-Regierung. Der Kontakt zur European Christian Political Movement (ECPM) war für Bündnis C besonders im Europawahlkampf wichtig. Die Berichte einiger Landesverbände haben mir gezeigt, wie viel Arbeit und Engagement in den vergangenen Monaten geleistet wurden und wie viele Mitglieder sich engagiert haben beim Sammeln von Unterschriften, Flyer verteilen, Plakate aufhängen, an Ständen und vielem mehr.

Im Rechenschaftsbericht des Bundesschatzmeisters wurde klar, dass Bündnis C eine breitere finanzielle Basis braucht. Aufgrund der in allen Bereichen gestiegenen Kosten und der finanziell angespannten Situation der Partei schloss sich eine Diskussion über die Anpassung des Mitgliedsbeitrages an. Es waren sich alle einig, dass Bündnis C mehr Geldmittel braucht und die Mitgliedsbeiträge im Vergleich zu anderen Parteien noch sehr niedrig angesetzt sind. Im Ergebnis beschloss der Bundesparteitag eine moderate Erhöhung des Mitgliedsbeitrags ab 2025. Es wurden außerdem mehrere Satzungsänderungen diskutiert und abgestimmt.



Besonders gefreut hat mich die Vorstellung der Pläne zur Gründung unserer Jugendorganisation. Es ist großartig zu sehen, wie junge Menschen unsere Politik teilen und aktiv mitgestalten wollen. Das gibt mir Hoffnung für die Zukunft und kann frische Impulse in die Partei bringen. Der Bundesparteitag beschloss einige Satzungsänderungen, um dem Jugendverband Mitspracherecht im Bundesvorstand und beim Bundesparteitag einzuräumen und ihn finanziell zu unterstützen.

Ein Meinungsbild über die Zukunft des Parteimagazins EINDRUCK ergab, dass die Fortführung der Zeitschrift erwünscht ist. Bundesvorsitzende Karin Heepen lud dafür zur Mitarbeit in der Redaktion ein. Im Blick auf das 10-jährige Jubiläum der Gründung von Bündnis C – Christen für Deutschland im März 2025 stellte sie das Grundsatzprogramm der Partei für eine Politik nach christlichen Werten für eine mögliche Überarbeitung zur Diskussion in den Verbänden.

In ihrem Schlusswort betonte die Bundesvorsitzende einerseits die Wertschätzung, die Bündnis C entgegengebracht wird als christliche Partei, die sich klar an der Bibel orientiert, damit ernsthaft an politischen Fragen arbeitet und Lösungen anbietet, und das mit einem ansprechenden Außenauftritt und einer gewinnenden Kommunikation. Andererseits wird Bündnis C noch immer von vielen Gemeinden, Kirchen und christlichen Organisationen aus dem Leib Christi in Deutschland ausgegrenzt. Diese Mauern stellen eine geistliche Barriere dar, die zu überwinden neben dem persönlichen Beziehungsaufbau unser Gebet braucht.

Insgesamt war der Bundesparteitag von einem konstruktiven Miteinander geprägt und es gab die Möglichkeit, persönlich ins Gespräch miteinander zu kommen. Ich bin gestärkt und motiviert aus Bad Blankenburg zurückgekehrt. Es war schön, so viele engagierte Menschen zu treffen, die sich mit Herz und Verstand für unsere Partei einsetzen.

Daniel Gräber
Bundesgeschäftsführer

Europa – woher und wohin?



Die christlichen Wurzeln Europas würdigen und die Zukunft gestalten

Am 1. und 2. November 2024 lud die European Christian Political Movement (ECPM) zusammen mit Bündnis C – Christen für Deutschland zu einer gemeinsamen Veranstaltung in Bad Blankenburg ein. Karin Heepen, Vizepräsidentin der ECPM und Vorsitzende von Bündnis C, eröffnete die Veranstaltung mit der Vorstellung der Sprecher und hob die Bedeutung der Beziehungen zwischen der ECPM und Bündnis C als deutscher Mitgliedspartei hervor. In ihrer Einführung zum Thema wies sie auf die verstärkte Polarisierung Europas und die Verschiebung der Kräfteverhältnisse im Europäischen Parlament hin zugunsten konservativer und nationaler Parteien seit der letzten Europawahl. Auch die Christen sind weithin gespalten zwischen mehr rechten und linken Parteien. Dieser Lagerwahlkampf wurde am enttäuschenden Ergebnis der Europawahl für Bündnis C sichtbar und noch mehr bei der Landtagswahl in Sachsen. Mit Blick auf die ungarische EU-Ratspräsidentschaft betonte sie, dass diese Europa nicht weiter zerreißen, sondern gute Früchte tragen soll. Als Christen wollen wir Straßen des Friedens bauen quer durch Europa. Das ist auch die Friedensmission der ECPM, politische Kräfte zu verbinden.

Als Sprecher der ECPM konnten wir Marton Gyöngyösi begrüßen, vormaliger ungarischer Europaabgeordneter und neuer Direktor für internationale Beziehungen der ECPM. Er erläuterte den Teilnehmern die Rolle der europäischen politischen Parteien und stellte die Arbeit



Marton Gyöngyösi

der ECPM, unsere Abgeordneten im Europäischen Parlament und ihre Position in der derzeitigen Zusammensetzung des Parlaments vor.

Er erläuterte die **Prioritäten der neuen Europäischen Kommission:**

1. Ein freies und demokratisches Europa, das die europäischen Werte innerhalb der EU erhält und sich für deren Einfluss auf globaler Ebene einsetzt, wo illiberale Mächte die Nachkriegs-Weltordnung, Demokratie und soziale Marktwirtschaft in Frage stellen.
2. Ein starkes und sicheres Europa, das mit einer einheitlichen geopolitischen Position und kohärentem außenpolitischen Handeln Einfluss auf der Weltbühne nimmt und durch die Stärkung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik seine Bürger schützen kann. Dafür muss die EU ein umfassendes Konzept für Migration und Grenzschutz entwickeln.
3. Ein wohlhabendes und wettbewerbsfähiges Europa, das seine Wirtschaft, freien Handel und Innovation stärkt. Wie kann die EU mit grünem und digitalem Wandel gegenüber den USA und China wettbewerbsfähig bleiben?

Gyöngyösi erklärte, wo die ECPM im heutigen Europa steht, und hob dabei **die wichtigsten Punkte des politischen Programms der ECPM** hervor:

- Die Menschenwürde ist der Eckstein aller Menschenrechte. Leben muss von der Empfängnis bis zum natürlichen Tod geschützt werden.



- Eine relationale Sichtweise auf die Wirtschaft stellt das Wohlergehen aller in den Vordergrund. Wir sorgen für die Schöpfung Gottes und fördern lokale und zirkuläre Wirtschaftslösungen.
- Die Familie ist die wichtigste soziale Einheit und geht dem Staat voraus. Die EU muss die auf der Ehe zwischen Mann und Frau beruhende Souveränität der Familie und das Recht der Eltern auf Erziehung ihrer Kinder respektieren.
- Im Mittelpunkt der Außenpolitik muss die Würde des Menschen stehen. Wir setzen uns für Solidarität und Zusammenarbeit in den Bereichen Migration, Grenzschutz und Cybersicherheit ein.
- Der Kampf gegen jede Form moderner Sklaverei umfasst Zwangsprostitution, Menschenhandel und Kinder- oder Zwangsarbeit aus den Lieferketten zu eliminieren.
- Die EU muss ihre Bürokratie abbauen und unnötige Agenturen abschaffen. Statt einem EU-Superstaat schlagen wir ein konföderales Modell vor.
- Wir fördern die christlichen Werte, auf denen die EU gegründet wurde, und setzen uns für Religions-, Glaubens- und Gewissensfreiheit ein.

Schließlich wies er auf die Gefahren hin, die von verschiedenen Seiten ausgehen, die das Christentum opportunistisch als Mittel zur Erreichung politischer Ziele einsetzen. Als Christen müssen wir tiefer gehen in dieser Zeitenwende und christlich fundierte Programme anbieten.



Michael Ragg

Ludwig Grünert, Mitinitiator einer Jugendorganisation von Bündnis C, informierte die Teilnehmer über die letzte **ECPYouth-Sommerschule in Bukarest**, an der politisch engagierte junge Christen aus 14 Ländern teilnahmen. Die Teilnehmer reflektierten über die christlichen Wurzeln Europas, relationales Denken als innovativen Politikansatz und wie sie als politische Gläubige standhaft bleiben, nach Vorbildern und Verbündeten suchen, um selbst zu Vorreitern zu werden und einen Beitrag zur Gesellschaft zu leisten.

Michael Ragg (Ragg's Domspatz GbR), Journalist und TV-Moderator, schloss die Veranstaltung mit einem **Vortrag über die Ursprünge der europäischen Werte** ab. Er sprach ausführlich über die christlichen Wurzeln Europas und betonte, dass die Seele Europas das Christentum sei. Das Christentum habe die Idee der Menschenwürde nach Europa gebracht. Im Laufe der Geschichte setzten sich die Christen für die Würde der Ausgegrenzten in der Gesellschaft ein. Er ging ferner darauf ein, wie das Konzept der Menschenwürde verschiedene Aspekte des gesellschaftlichen Verhaltens beeinflusst. Als Beispiele nannte er Solidarität und Hilfe für den Mitmenschen (in Anlehnung an das Gleichnis vom Barmherzigen Samariter), die besondere Wertschätzung von Kindern, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern, Meinungsfreiheit und eine christliche Arbeitsethik, die dem Gebot „Macht euch die Erde untertan“ folgt und den Weg für Entdeckungen und technologischen Fortschritt ebnete.

Heute befindet sich unsere Kultur in gewissem Maße im Niedergang, so Ragg weiter. Oswald Spengler stellt in seinem vor 100 Jahren geschriebenen Buch „Der Untergang des Abendlandes“ eine pessimistische Theorie auf. Kulturen seien wie Pflanzen – sie wachsen, blühen und sterben schließlich. Das Christentum folgt nicht diesem Muster. Der Philosoph Arnold Toynbee vertrat die Ansicht, dass Kulturen nicht untergehen, sondern sich selbst zerstören. Wenn die Dinge kritisch werden, wenn eine Kultur an einem Scheideweg steht, bestimmen jedoch nicht die Massen die weitere Richtung, sondern kreative Minderheiten. Im Römischen Reich waren die Christen nur 15 % der Bevölkerung, aber sie waren entschlossen, vernetzt und wurden zu einer entscheidenden Kraft. Christen sollen heute Orientierung geben in unserer Gesellschaft, die weitgehend vergessen hat, was unsere Kultur ausmacht. Wir haben unserer Umwelt mehr zu bieten, als wir glauben. Auch wenn uns die Macht und die Zahlen fehlen, können wir andere inspirieren und neue Ideen anstoßen.

Karin Heepen
Bundesvorsitzende

ECPYouth Sommer-Schule 2024

Wahrlich sommerlich konnte diese „Summer School“ ja werden – 3 Tage Bukarest, Rumänien, im Juli bei 40°C. Die sogenannte „Summer School“ ist eine Veranstaltung für junge Christen in Europa, veranstaltet von der ECPYouth, der Jugendorganisation der ECPM (European Christian Political Movement). Hier kommen junge Christen aus ganz Europa zum Kennenlernen, Austauschen und Debattieren zusammen. Sie findet meist einmal im Sommer und einmal im Winter statt (also „Summer“ oder „Winter School“) und wird in wechselnden europäischen Städten abgehalten. Die ECPYouth besteht aus Mitgliedsorganisationen (zumeist Jugendverbände der Parteien, die in der ECPM Mitglied sind) und Einzelmitgliedern. Neben EU-Ländern waren auch Teilnehmer aus der Republik Moldau und der Ukraine dabei, insgesamt um die 25 Leute. Kost und Logis wurden von der ECPYouth übernommen, nur die Reisekosten sollte ich selbst tragen. Die Einladung hatte ich von ECPYouth-Vorstandsmitglied Dominic Potters erhalten. Ihn hatte ich bei der letzten Generalversammlung der ECPM in Brüssel kennengelernt.

Am Vorabend konnte ich bereits mit Dominic und weiteren bereits angereisten ECPYouth-Vorständlern Zeit verbringen. Am Folgetag besichtigten einige von uns den rumänischen Parlamentspalast. Der Kulturaustausch und das Kennenlernen wurden durch den einläutenden bunten Abend sehr unterhaltsam und kurzweilig gestaltet. Jedes teilnehmende Land durfte von deren Vertretern vorgestellt werden. Es wurde traditionelle Musik gespielt, vorgetanzt, typische Süßwaren herumgereicht und Einblicke in die jeweilige Landesgeschichte geteilt. Als einziger deutscher Vertreter hatte ich freie Hand, über Deutschland zu berichten. Statt die typischen Klischees wie Oktoberfest, Fußball, Bier und Bratwurst zu benennen, lag mir etwas anderes auf dem Herzen. So sprach ich über eine zunehmende kulturelle Lücke in Deutschland: den Schwund jüdischen Lebens, trotz Erinnerungskultur und der viel beschworenen Staatsräson gegenüber Israel. Ich zeigte auf die einst reiche deutsch-jüdische Kultur und Sprache wie das Jiddisch und auf meine mitgebrachte Kippa, die heute kaum noch auf den Straßen Deutschlands zu sehen sind. Mein im Vergleich zu den anderen etwas ernsterer Vortrag stimmte nachdenklich, hat dem geselligen Abend aber keinen Abbruch getan.

Inhaltlich wurden wir die Tage über von tollen Sprechern wie Philip Powel herausgefordert, über unsere christlichen Wurzeln in Europa nachzudenken: Wo haben wir



solche christlichen Wurzeln, und wo stehen Argumente, die sich hierauf beziehen, auf wackeligen Füßen? Eine klassische Debattierübung sollte uns helfen, unsere Fähigkeiten prägnanter Argumentation zu verbessern. Dabei wurden Themen wie Ukraine/Russland, Trump, Religion und Säkularisierung angegangen und die Gruppe in Pro und Contra geteilt. Dies führte dazu, dass wir auch Positionen entgegen der eigenen Überzeugung vertreten mussten. Dieser Perspektivwechsel half aber, die andere Seite besser zu verstehen und eigene Argumente zu prüfen und zu schärfen.

In weiteren Einheiten wurde über das Verfassen von Artikeln referiert und Einblicke in die Prozesse von Bewerbungen für einen EU-Beitritt gegeben. Auch die Perspektive, als Christ in der Politik zu sein, wurde beleuchtet, das Suchen von Gott in der Stille oder die lectio divina (Lesen der Bibel mit Kontemplation, Stille und Gebet) behandelt. Gemeinsame Andachten und Gebet haben mir gezeigt, dass der Fokus immer wieder auf das Wesentliche gelenkt wird – auf Jesus und wie wir in der politischen Sphäre seinem Namen Ehre geben und sein Reich bauen können.

Als Gast durfte ich auch der abschließenden Mitgliederversammlung beiwohnen, deren Prozedere kennenlernen, die Diskussion um den nächsten politischen Schwerpunkt und die Abstimmung von Aufnahmeanträgen mitverfolgen.

Umrahmt wurde das Programm der Summer School mit schönen gemeinsamen Aktivitäten, und die 40°C haben in den gut klimatisierten Hotels und Seminarräumen nicht gestört. Ein bisschen Bukarest durfte ich auch kennenlernen. Aber mir viel wertvoller waren großartige junge Christen mit politischem Engagement aus ganz Europa. Davon brauchen wir mehr!

Im Rahmen der Kooperationsveranstaltung der ECPM mit Bündnis C am 01./02. November 2024 in Bad Blan-

kenburg hatte ich die Gelegenheit, über meine Erfahrungen und den Input der Summer School zu berichten. Die wichtigsten Erkenntnisse und Themen, die ich dort aufgegriffen habe, möchte ich im Folgenden nochmals zusammenfassen:

1. Als Christ in der Politik

Ein zentraler inhaltlicher Impuls war das Thema „Als Christ in der Politik“. Die niederländische Regionalpolitikerin Klariska ten Napel teilte ihre eigenen Erfahrungen und betonte die Bedeutung, inmitten politischer Spannungen und Herausforderungen Gottes Nähe zu suchen. Sie praktiziert dabei eine meditative Form der Bibellesung, die *Lectio Divina*, als eine Möglichkeit, den Frieden Gottes zu finden und den Kontakt zu Gott zu pflegen. Auch ich hatte bereits Berührungspunkte mit dieser alten christlichen Tradition. Sie hilft mir, die Bibel nicht nur intellektuell zu erfassen, sondern mich von Gottes Wort berühren zu lassen. Als Beispiel dafür nutzt meine Frau die Gebets-App „Lectio 365“, die auf der Praxis der *Lectio Divina* basiert und dreimal täglich zum kontemplativen Bibellesen und Gebet einlädt.

Gott zu suchen und zu lieben – das ist ein zentraler Wunsch in meinem Leben. Jesus nennt uns in Lukas 10,27 das höchste Gebot: „Du sollst den Herrn, deinen Gott, lieben aus deinem ganzen Herzen, mit deiner ganzen Seele, mit deiner ganzen Kraft und mit deinem ganzen Verstand und deinen Nächsten wie dich selbst.“

2. Relational Thinking:

Eine beziehungsorientierte Sicht auf Politik

Der zweite Themenbereich der Summer School war das „Relational Thinking“. Dabei ging es um ein beziehungsorientiertes Verständnis von Gesellschaft und Politik. Hier wurde besonders der zweite Teil des Gebotes aufgegriffen: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst! Relational Thinking bedeutet, die vielschichtigen gesellschaftlichen Ebenen nicht isoliert zu betrachten, sondern in ihren zwischenmenschlichen Beziehungen zueinander. In den biblischen Geboten finden sich ähnliche Prinzipien – etwa zur sozialen Gerechtigkeit, zum Umgang mit Besitz, Landverteilung, Versorgung, Schulden, Zinsen und der Rolle des Staates.

Johannes de Jong, Direktor der Sallux Stiftung, erklärte die politische Relevanz des Relational Thinking folgendermaßen: „Relational Thinking ist nicht einfach nur ein gutes Modell. Es ist das einzige Gegenmodell, das das europäische Christentum im Kampf der Ideen gegen den Individualismus vorbringen kann. Wenn wir diese große Idee, gestützt durch gründliche Forschung,

nicht als kulturelle Alternative vorbringen, werden wir für immer in der Defensive bleiben.“

3. Die christlichen Wurzeln Europas

Ein weiteres Thema war die Frage nach den christlichen Wurzeln Europas. Welche Werte und Traditionen vertreten wir als Christen in der Politik und wie hängen diese mit der Entstehung der Demokratie zusammen? Europa ist historisch und kulturell stark vom Christentum geprägt, und das hat nicht nur den Glauben, sondern auch die Entwicklung der Demokratie beeinflusst. Robert Schuman, ein Gründungsvater der Europäischen Union, schreibt dazu:

*„Die Demokratie verdankt ihre Existenz dem Christentum. Sie entstand an dem Tage, als der Mensch dazu berufen wurde, in seinem zeitlichen Leben die Würde der menschlichen Persönlichkeit durch individuelle Freiheit, durch die Achtung der Rechte jedes einzelnen und durch die Ausübung brüderlicher Liebe gegenüber allen zu verwirklichen. In der Zeit vor Christus waren solche Ideen noch nie formuliert worden. Somit ist die Demokratie in der Doktrin und in der zeitlichen Entwicklung an das Christentum gebunden.“*¹

4. Persönliche Anwendung und Ausblick

Für mich persönlich bedeutet dies, dass ich nun verstärkt prüfen möchte, wie ich die gewonnenen Erkenntnisse in meinem eigenen Leben und Engagement anwenden kann. Dabei interessiert mich besonders, wo ich Vorbilder und Verbündete für beziehungsorientierte Politik finden kann. Es geht mir darum, diese Erkenntnisse aktiv in unsere Gesellschaft zu tragen und zu zeigen, wie christliche Werte den öffentlichen Diskurs bereichern können. In und durch Bündnis C sehe ich bereits heute gute Möglichkeiten, diese drei Ziele zu verfolgen.



¹ Karl Heinz Debus, Robert Schuman – Lothringer Europäer Christ, Speyer, Pilger-Verlag 1995, S. 14

Reduzierung der Unterstützungsunterschriften aufgrund verkürzter Fristen für die Bundestagswahl 2025!

Nach § 20 Abs. 2 und § 27 Abs. 1 Bundeswahlgesetz müssen Parteien, die im Deutschen Bundestag oder einem Landtag seit deren letzter Wahl nicht mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten waren, ihre Kreiswahlvorschläge mit 200 und ihre Landeslisten mit bis zu 2 000 Unterstützungsunterschriften einreichen. Aufgrund des vorgezogenen Termins für die Bundestagswahl 2025 werden kleinere Parteien innerhalb der verkürzten Fristen die erforderlichen Unterstützungsunterschriften nicht beibringen können und damit keine Zulassung ihrer Wahlvorschläge erhalten.

Hier lesen Sie unser Schreiben an die Bundestagsfraktionen, eine entsprechende Gesetzesänderung zu initiieren:

Sehr geehrte Vorsitzende der Fraktionen im Deutschen Bundestag,

wir bitten Sie, als Bundestagsfraktion aufgrund des vorgezogenen Termins für die Neuwahl des Bundestages auf den 23.02.2025 eine Änderung von § 20 Abs. 2 und § 27 Abs. 1 BWahlG (Bundeswahlgesetz) auf den Weg zu bringen, die die erforderlichen Unterstützungsunterschriften für Kreiswahlvorschläge und Landeslisten für die Bundestagswahl 2025 deutlich reduziert.

Begründung:

Innerhalb der verkürzten Fristen werden Parteien, die im Deutschen Bundestag oder einem Landtag seit deren letzter Wahl nicht auf Grund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten waren, die nach § 20 Abs. 2 und § 27 Abs. 1 BWahlG erforderlichen Unterstützungsunterschriften nicht beibringen können und damit keine Zulassung ihrer Wahlvorschläge erhalten.

Das Urteil des BVerfG, Beschluss des Zweiten Senats vom 23. August 2005 ist uns bekannt. Im Unterschied zur vorgezogenen Bundestagswahl 2005 hat Bundeswahlleiterin Brand aktuell jedoch zurecht auf die begrenzten Kapazitäten der Behörden hingewiesen, die teilweise bereits im Vorfeld der Europawahl 2024 mit der Bearbeitung der weit geringeren Anzahl von Unterschriften über den regulären Zeitraum überfordert waren. Beim Bundeswahlausschuss am 29. 03. 2024 beklagten mehrere Vertrauenspersonen der anwesenden



Parteien, dass nachweislich eingereichte Formulare bei den Meldebehörden verloren gingen, wochenlange Bearbeitungsfristen oder von den Ämtern falsche Auskünfte erteilt wurden zu den Listen und dem Verfahren.

Insgesamt zeigen diese Symptome die Dysfunktionalität des Systems und den Reformbedarf des Verfahrens. Wir haben Sie mit Schreiben vom 08.01.2024 bereits gebeten, eine Änderung von § 32 Abs. 3 EuWO (Europawahlordnung) sowie §§ 20 Abs. 3, 27 Abs. 1 BWahlG und § 34 Abs. 4 Nr 2 BWO (Bundeswahlordnung) zu initiieren, dass die Unterschriften zur Unterstützung eines Wahlvorschlages in digitaler Form beigebracht werden können und insbesondere die Bescheinigung des Wahlrechts durch die Gemeindebehörden.

Bei den nun verkürzten Fristen sind die Voraussetzungen für eine demokratische Wahl mit Chancengleichheit der Parteien nicht mehr gegeben. Wir bitten Sie deshalb, für die vorgezogene Bundestagswahl 2025 einen Zusatz zum Bundeswahlgesetz zur Reduzierung der nötigen Unterstützungsunterschriften wie 2021 aufgrund der Corona-Pandemie in den Bundestag einzubringen.

Bitte machen Sie außerdem dringend mit einer zeitgemäßen gesetzlichen Regelung den Weg frei für ein digitales Verfahren, bei dem die Gemeindebehörden Portale für die Einreichung der Unterschriften mittels Identifizierung bereitstellen und diese direkt im Melderegister abgeglichen und bestätigt werden. Es handelt sich um ein einfach zu automatisierendes Verfahren, das alle Beteiligten von unnötigem Personal- und Kostenaufwand entlasten kann.

Hochachtungsvoll,

Der Bundesvorstand Bündnis C –
Christen für Deutschland

Bündnis C – eine politische Partei, in der das Gebet wichtig ist

Wie geht es Ihnen mit Gebet? Sind Sie ein praktizierender Beter?

Ein Zitat von Helmut Thielicke (1908 – 1986) lautet: „In Deutschland sind die Menschen so entsetzlich unter sich, denn es hat aufgehört, ein betendes Land zu sein. Darum werden die Auen so dürr und die Herzen voll Haß, und der Segen beginnt zu weichen.“¹ Was für ein prophetisches Wort!

Ich freue mich und finde es gut, dass in unserer Partei bei vielen Gelegenheiten gebetet wird. Da gibt es Parteitage, an denen wir unsere Vorstände für ihre Arbeit segnen. Vor unserem Delegiertenparteitag am 2. November 2024 in Bad Blankenburg haben wir eine Stunde gebetet. Das war wichtig. Viele sagten, diese Gebetsgemeinschaft habe die ganze Atmosphäre des Parteitages geprägt. Es gibt einen monatlichen Bündnis C-Gebetsbrief und ein 14-tägiges Online-Gebetstreffen.

Lassen sie mich an dieser Stelle einige persönliche Erfahrungen mit dem Gebet berichten: Als ich Jugend-

gruppenleiter im CVJM Pforzheim war, haben wir als Mitarbeiter für die Gruppen und unsere jungen Teilnehmer gebetet. In meiner hausärztlichen Gemeinschaftspraxis gehörte das morgendliche Gebet für die Patienten vor Beginn der Sprechstunde dazu. Manchmal konnte ich auch mit Kranken in der Sprechstunde die Situation vor Gott bringen. Aktuell bete ich gerade für meinen Neffen, der morgen wegen einem Gehirntumor operiert wird. Ich konnte ihm sagen: „Ich bete für Dich!“ Das hat ihn und mich getröstet.

Ich kann es bezeugen: Gott hört und erhört Gebet! Schon beim Beten spüren wir seine Nähe. Wir werden verändert. Es kommt Freude in unser Leben. Das Gebet soll immer ein Thema in unserer Partei und der Politik sein!

Schön, wenn Sie schon beim Beten mitmachen. Super, wenn Sie neu einsteigen. Unseren Gebetsbrief und den Link zum Online-Gebetstreffen können Sie bei unserer Geschäftsstelle unter info@buendnis-c.de anfordern.

Dr. Rainer Simon
Stellvertretender Landesvorsitzender
Baden-Württemberg

¹ Helmut Thielicke: Das Gebet das die Welt umspannt. Reden über das Vaterunser aus den Jahren 1944/45. Stuttgart: Quell Verlag, 4. Auflage TB- Ausgabe 1991, S. 38

Erhöhung Mitgliedsbeitrag

Liebe Mitglieder,

Der Bundesparteitag am 02.11.2024 in Bad Blankenburg hat die Erhöhung des Mitgliedsbeitrages auf 90€/Jahr für Einzelpersonen und 130€/Jahr für Ehepaare beschlossen. Der Mindestbeitrag mit Antrag auf Ermäßigung beträgt 30€/Jahr.

Sie erhalten im Januar 2025 dazu eine Beitragsrechnung.

Wir bitten um Verständnis für die Erhöhung, damit wir die Kosten für den laufenden Betrieb der Partei weiter decken können. Wir danken Ihnen für Ihre Treue und Ihre weitere Unterstützung für Bündnis C!

*Der Bundesvorstand von Bündnis C –
Christen für Deutschland*

Spendenaufruf

Liebe Mitglieder,

alles wird teurer. Ich muss Sie ganz gewiss nicht fragen, ob Sie das auch bemerkt haben. Der Einkaufswagen wird entweder nicht mehr so voll wie früher, oder die Geldbörse ist schneller leer. Im letzten Eindruck-Heft erschien mit der Einladung zum Bundesparteitag auch der Rechenschaftsbericht. Besorgniserregend ist, dass auch für die Verwaltung der Partei alles teurer geworden ist. Fazit: Der Mitgliedsbeitrag muss erhöht werden – keine schöne Sache, zu der es viel Diskussion auf dem Bundesparteitag gab.

Auch wenn in den Verbänden fast alles ehrenamtlich erledigt wird, kann unsere Partei den Geschäftsbetrieb auch mit einem höheren Beitrag nicht komplett finanzieren. Der Finanzbericht zeigt es deutlich, dass wir weiter auf Spenden angewiesen sind. Ich kann mir vorstellen, dass dem einen oder anderen der höhere Beitrag bereits Mühe macht, so dass noch eine zusätzliche Spende vielleicht nicht mehr in Frage kommt. Dafür habe ich absolut Verständnis und möchte daher einen Vorschlag machen:

Wenn Sie selbst nicht zusätzlich spenden möchten, dann können Sie stattdessen für Spenden werben. Da kommen nicht nur Ihr Nachbar oder die Mitglieder Ihrer Gemeinde in Frage, sondern auch Gewerbebetriebe und Unternehmer in Ihrem Umfeld. Nehmen Sie einen

Flyer oder ein Eindruck-Heft mit und suchen Sie Ihnen bekannte Firmen auf. Erklären Sie, wer wir sind und wofür wir stehen. Vergessen Sie auch nicht, auf die steuerliche Vergünstigung hinzuweisen (siehe unten).

Das ist nicht nur eine gute Gelegenheit für finanzielle Unterstützung zu werben, sondern auch generell für Bündnis C. Seien Sie mutig und nehmen Sie den Vorschlag auf. Ich wünsche Ihnen gutes Gelingen!

Herzliche Segenswünsche

Ute Büschkens-
Schmidt

Stellvertretende
Bundesvorsitzende



Das gilt für die Parteizuwendungen:

Ihre Spende bis zu 1 650 Euro (Singles) bzw. 3 300 Euro (Verheiratete) wird zur Hälfte direkt von der Steuerschuld abgezogen, also maximal 825 Euro bzw. 1 650 Euro.

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts BIC

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

Bündnis C – Christen für Deutschland

IBAN
DE60660501010108232562

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)
KARSDE66XXX

Betrag: Euro, Cent

Kunden-Referenznummer - Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Zahlers

noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 2 Zeilen à 35 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

08

Datum Unterschrift(en)

423 457 DG VERLAG

Schnellmaschinell: normale Schreibweise!
Handschrift: Blockschrift in GROSSBUCHSTABEN und dabei: Kästchen beschriften!

Aus den Landesverbänden

Sachsen

Landtagswahl in Sachsen am 02.09.2024

Auf die erste Teilnahme von Bündnis C an einer Landtagswahl in Sachsen blicken wir dankbar zurück. Die verschiedenen Erlebnisse, Absprachen und Gebetsgemeinschaften per Zoom, Telefonate mit Behörden und schließlich die Unterstützung durch benachbarte Bundesländer haben uns zusammengeschweißt, neu motiviert und reifen lassen. Nachbarverbände schickten oder brachten Plakate, die bayrischen Geschwister halfen sogar einmal mit am Werbestand. Matthias Thümmel gestaltete die sächsische Internetseite aktuell.

Unser Vorstandsmitglied Christian Seifert hatte auf dem Herzen, in seiner Region Zwickau und in mehreren Städten von Plauen bis Chemnitz zumindest einzelne Plakate aufzuhängen. Überhaupt lief die Plakatierung mit aktiven Mitgliedern, hilfsbereiten Freunden und Neu-Mitgliedern sehr gut. In der Landeshauptstadt Dresden wurde wegen der Zerstörung von Plakaten zur Europawahl fast nichts aufgehängt, aber in Nachbarorten von Dresden.

Eine große Bereicherung waren die Werbetouren von Dr. Norbert Höhl und seiner Frau Stephanie aus Hessen. Er kam mit einem aus PBC-Zeiten übernommenen Werbeanhänger und veranstaltete Info-Stände oder kleinere Kundgebungen in halb Sachsen innerhalb von drei Einsatzwochen. Die Bundesgeschäftsstelle unterstützte uns bei den Genehmigungsanträgen. Zunächst waren die Marktplätze in Plauen, Falkenstein, Oelsnitz, Schneeberg, Aue und Klingenthal unser Ziel. Weil wir merkten, dass relativ wenig Leute von sich aus so einen Stand aufsuchen, gab René Raunest Pressemitteilungen an viele Zeitungen

heraus, um die Aufmerksamkeit zu erhöhen. Der zweite Einsatz fand in Marienberg, Annaberg-Buchholz, Zwickau, Chemnitz, Dresden, Bautzen und Kamenz statt. Um die Partei und unser Wahlprogramm bekannt zu machen, ließ Norbert Höhl es sich nicht nehmen, in einer dritten Woche noch Leipzig, Wurzen, Eilenburg und Grimma aufzusuchen, flankiert von einzelnen aktiven Mitgliedern.

In den Großstädten Dresden, Leipzig und Chemnitz waren kurzfristig nur Israel-Demonstrationen genehmigt worden. In Leipzig kamen jüdische Einwohner, israelische Studenten und Touristen zum Stand und freuten sich über den Bündnis C – Israel-Flyer. Angelockt von den blauweißen Israelfahnen, kamen sogar einige arabische Christen mit uns ins Gespräch.

Die Hauptverantwortung für den Wahlkampf lag auf unserem Landesvorsitzenden Thomas Lamowski. Uns allen war es eine große Freude, dass durch Gottes Führung sogar ein professioneller Wahlwerbespot zustande kam, erstellt von Janko Vieweg und mit Hilfe von Oliver Munzert. Er wurde mittels Google-Werbung den sächsischen Wählern angeboten und stand am Wahltag bei 109 000 Aufrufen: <https://www.youtube.com/watch?v=Tf7vhWLENYY>

Nach allem Einsatz, intensiver Werbung für Bündnis C und reichlich verteilten Flyern mit dem Sachsen-Programm war ein Wahlergebnis von 1% und die damit verbundene Parteienfinanzierung unser Hoffungsziel. Stattdessen hat sich im Vergleich zur Europawahl, die keine 5%-Hürde hatte, die Zahl der Wählerstimmen halbiert! Es scheint, dass ein Großteil der Christen sich gegenseitig widerspricht: Die einen wählen in der Hoffnung auf eine Politikwende AfD, was die anderen unbedingt verhindern wollen. Sie votieren für andere

Wahl	Bezeichnung	Wahlberechtigte	Wähler	ungültige Listenstimmen	gültige Listenstimmen	Wahlbeteiligung in %	Bündnis C absolut	Bündnis C in %	Wahl	Gültige Stimmen	Bündnis C absolut	Bündnis C in %
LW24	Chemnitz, Stadt	183.177	133.390	842	132.548	72,8	242	0,183	Europa24	124.666	564	0,45
LW24	Erzgebirgskreis	267.415	201.027	2.262	198.765	75,2	1.064	0,535	Europa24	187.164	1.945	1,04
LW24	Mittelsachsen	239.694	178.170	1.557	176.613	74,3	275	0,156	Europa24	168.578	556	0,33
LW24	Vogtlandkreis	178.700	128.170	946	127.224	71,7	597	0,469	Europa24	120.166	961	0,8
LW24	Zwickau	247.834	180.612	1.560	179.052	72,9	654	0,365	Europa24	168.750	1.070	0,63
LW24	Dresden, Stadt	417.821	323.596	1.905	321.691	77,4	309	0,096	Europa24	310.340	664	0,21
LW24	Bautzen	239.179	179.308	1.688	177.620	75,0	240	0,135	Europa24	168.001	459	0,27
LW24	Görlitz	197.429	144.100	1.450	142.650	73,0	244	0,171	Europa24	137.878	530	0,38
LW24	Meißen	193.055	144.231	1.382	142.849	74,7	151	0,106	Europa24	136.055	276	0,2
	Sächsische Schweiz-											
LW24	Osterzgebirge	196.611	148.627	1.226	147.401	75,6	140	0,095	Europa24	139.750	328	0,23
LW24	Leipzig, Stadt	452.642	338.319	2.117	336.202	74,7	256	0,076	Europa24	321.793	580	0,18
LW24	Leipzig, LK	210.567	155.719	1.364	154.355	74,0	127	0,082	Europa24	147.261	242	0,16
LW24	Nordsachsen	158.559	112.338	1.335	111.003	70,8	71	0,064	Europa24	106.534	119	0,11
LW24	Freistaat Sachsen	3.182.683	2.367.607	19.634	2.347.973	74,39	4.370	0,185	Europa24	2.236.936	8.294	0,371

große Parteien und sehen ein Wahlbekenntnis zu den Werten der Heiligen Schrift als „verlorene Stimme“ an.

So mussten wir Bündnis C-ler unsere Enttäuschung verarbeiten und neu auf Jesus hören, dem „alle Macht im Himmel und auf Erden gegeben ist“ (Mt 28,18). Was hat er mit uns vor? Unser Eindruck: Unabhängig vom messbaren Erfolg bleiben wir im Bereich von Politik und Öffentlichkeit eine prophetische Stimme und wollen aufzeigen, wie es unserem Land gut gehen kann. Im Ergebnis haben wir einige neue Freunde und Parteimitglieder gewonnen, sind bekannter geworden und konnten Aufklärung über Israel und das Lebensrecht geben.

Der sächsische Landesvorstand dankt unserem Herrn Jesus für diesen wunderbar geführten Wahlkampf und seine Leitung, wo sich „ora et labora“ (bete und arbeite) nicht in Wählerstimmen ausgezahlt hat, aber vieles in der unsichtbaren Welt erstritten worden ist. Das kleine Licht „Bündnis C – Christen für Deutschland“ leuchtet trotzdem im Zirkus des politischen Geschehens und steht nicht unter einem Scheffel.



Thomas Lamowski, Eva Vieweg, Andreas Türpe
Landesvorstand Sachsen

Aufstellung der Kandidaten für die Bundestagswahl 2025

Am 16.11.2024 fand in der Seminarfabrik Nossen die Aufstellung unserer sächsischen Landesliste für die vorgezogene Bundestagswahl am 23.02.2025 statt. Zur Teilnahme an der Wahl werden 2000 Unterstützungsunterschriften gebraucht. Durch den vorgezogenen Wahltermin steht uns nur eine verkürzte Zeit zum Sammeln der Unterschriften zur Verfügung. Unser Ziel ist, auch damit bekannter zu werden und unseren Handschuh in den politischen Ring zu werfen.

Unser Parteitag begann mit Gebet und einer Vorstellungsrunde für neue Mitglieder. Es waren 17 Teilnehmer anwesend, davon 13 stimmberechtigte Mitglieder und vier Gäste aus dem Freundeskreis von Bündnis C Sachsen. Versammlungsleiter war unser Landesvorsitzender Thomas Lamowski und Protokollführer Samuel Weiß.

Ein Referat von Pfarrer Stephan Zeibig (<https://das-verkuendigte-wort.de>) zum Thema „Der Kampf um eine heile Welt – Ideologien vs. Glauben. Zeitströmungen im Lichte der Bibel“ war eine gute Auflockerung zur sonst formellen Aufstellungsversammlung.

Als Wahlleiter für die Aufstellung der Kandidaten hat uns Hartmut Voß tatkräftig und professionell mit 3 Wahlhelfern unterstützt. Die Kandidaten für die Landesliste stellten sich einzeln vor. Wir haben sechs Kandidaten für die Bundestagswahl 2025 aufgestellt:

Thomas Lamowski, Janko Vieweg, René Raunest, Oliver Munzert, Eva Vieweg und Samuel Weiß

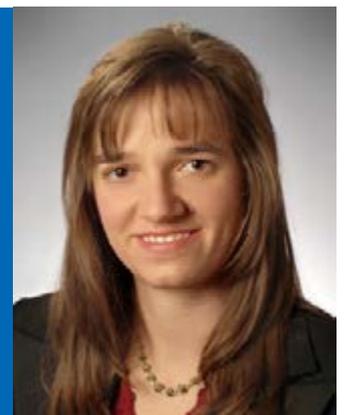
Zum Schluss der Aufstellungsversammlung wurde gemeinsam gebetet und ein Segen gesprochen.

Das Formblatt für die Unterstützungsunterschriften wird unter <https://sachsen.buendnis-c.de> veröffentlicht.

Wir haben bei der Landtagswahl in Sachsen Gottes Führung erfahren. Um auf den Stimmzetteln zu stehen, brauchen wir einen Gebetsteppich aller, die das Eindruck-Heft lesen. Vielleicht geschieht ein Wunder Gottes. Wir wollen mutig sein, von Gott bei der Sammlung der Unterschriften gebraucht werden und seine prophetische Stimme sein. Die Wähler sollen erfahren, dass wir christlich-innovative Politik vertreten. Beten wir in der Zeit bis zur Bundestagswahl, dass unser himmlischer Vater gottesfürchtige Personen aus allen Parteien in den Bundestag schickt. Gott möge alles neu machen, weg vom grünen Sozialismus und der indoktrinierten Ideologie des Klimaschutzes. Möge endlich ein Bundeskanzler wieder seinen Eid „mit Gottes Hilfe“ ablegen und entsprechend handeln.

Eva Vieweg

Landesschatzmeisterin
Sachsen



Baden-Württemberg

Baden-Württemberg goes Bundestagswahl '25

Als die Welt noch „in Ordnung“ war, entschied der Landesvorstand, am 1. Februar 2025 eine Aufstellungsverversammlung für eine Landesliste zur Bundestagswahl 2025 durchzuführen. Aber dann kam alles anders. Am 16. Dezember wird Bundeskanzler Scholz die Vertrauensfrage stellen, die vermutlich in ein Misstrauensvotum münden wird. Dann verschiebt sich die Wahl des nächsten Bundestags in den Februar. Das gibt uns kaum Zeit, 2000 Unterstützungsunterschriften zu sammeln, keine Chance, diese fristgerecht einzureichen, und viele Hürden mehr. Nun ist der Bundestag gefordert, für eine klare demokratische Linie zu sorgen, die es auch uns erlaubt, zur Bundestagswahl anzutreten.

Wir wollen unseren Beitrag leisten, unserem Land mit gutem politischem Programm zu dienen. Für den 7. Dezember 2024 laden wir darum zur Aufstellungsverversammlung nach Karlsruhe ein. Ziel ist es, dort die Kandidaten unserer Landesliste zu wählen und darüber zu informieren, wie die einzelnen Wahlkreise ihre Direktkandidaten aufstellen können.

Wenn dieses Heft erscheint, dürfte die Landesliste stehen und wir haben in verschiedenen Wahlkreisen Direktkandidaten nominiert. Wer das jeweils ist, findest Du auf unserer Homepage baden-wuerttemberg.buendnis-c.de.

Nun werden wir Unterstützungsunterschriften sammeln, auf Märkten, Plätzen und bei diversen Anlässen Wahlwerbung machen und Wählerinnen und Wähler gewinnen. Dazu können wir noch allerhand Unterstützung brauchen. Wenn Du in Baden-Württemberg wohnst und mithelfen möchtest, wende Dich gerne an margit.zieger@buendnis-c.de.

Lasst uns zusammenstehen und gemeinsam zum Segen sein für unser Land.

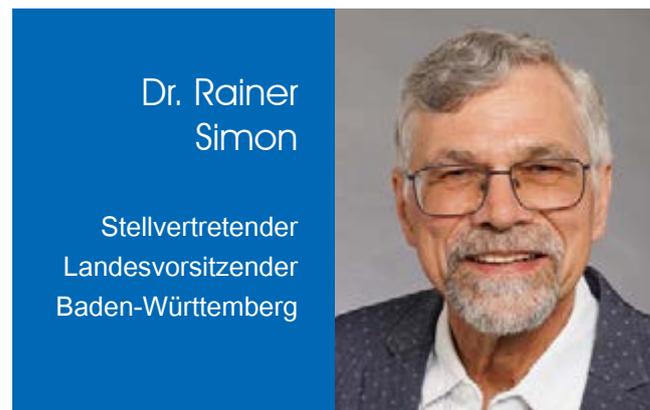


Von links nach rechts: Walter Schäuffele, Corinna Sipple, Christoph Riedel, Markus Bender

Pressemitteilung Gründung Bezirksverband Calw/Freudenstadt

Am 5.11.2024 wurde in Altensteig bei einer Gründungsversammlung der Bezirksverband Calw/Freudenstadt von Bündnis C – Christen für Deutschland ins Leben gerufen. Bündnis C ist eine bundesweite christliche Partei, die seit 9 Jahren besteht. Die Gruppierung sieht sich christlichen Grundsätzen verpflichtet und will sich verantwortlich ins politische Geschehen einbringen. Bündnis C hat schon bei Landtagswahlen, der letzten Bundestagswahl und an der Europawahl teilgenommen. Bei der Europawahl 2024 gab es mit jeweils 4,7% der Wählerstimmen in Altensteig und Pfalzgrafenweiler ermutigende Ergebnisse. Die Partei soll nun weiter bekannt gemacht und neue Interessenten und Mitglieder gewonnen werden. Dazu sind in Zukunft Stammtische und lokale Treffen mit Referenten zu aktuellen Themen geplant.

In den neuen Bezirksvorstand wurden folgende Personen gewählt: Markus Bender aus Altensteig-Walddorf als Vorsitzender, Christoph Riedel aus Pfalzgrafenweiler-Bösingen als stellvertretender Vorsitzender, Walter Schäuffele aus Pfalzgrafenweiler als Schatzmeister und Corinna Sipple aus Alpirsbach als Beisitzerin.



Hamburg

Gründungsparteitag Landesverband Hamburg

Am 07. September 2024 trafen sich die Hamburger Mitglieder im Stadtteil Brahmfeld zum Gründungsparteitag des Landesverbandes. Die Planung und Organisation wurde maßgeblich von Sonja Koschinsky durchgeführt. Eröffnet wurde die Versammlung von der stellvertretenden Bundesvorsitzenden von Bündnis C – Christen für Deutschland Frau Ute Büschkens-Schmidt.

Zu Gast waren aus dem Nachbarverband Schleswig-Holstein der Landesvorsitzende Hans Martin Konzelmann, der sich als Versammlungsleiter zur Verfügung stellte, Frau Birgit Konzelmann sowie Hendrick Luttmann. Ebenso war der Landesvorsitzende aus NRW Klaus Pütz zu Gast, der den Kontakt zur Internationalen Gemeinde, speziell zu Donaldson Sackey, hergestellt hatte und damit maßgeblich dazu beitrug, dass dieser Gründungsparteitag stattfinden konnte. Frank Brandenburg, der als Gast und persönlicher Unterstützer von Sonja Koschinsky die lange Anreise aus Rheinland-Pfalz auf sich genommen hatte, gab am Ende der Versammlung dem neuen Vorstand wertvolle Hinweise für die Zusammenarbeit.

Als Landesvorsitzende wurde Frau Sonja Koschinsky gewählt, als stellvertretende Vorsitzende Donaldson Sackey und Bobby Schieler und Schatzmeister wurde Alexander Jakob. Zu Beisitzern wurden Christian Wendt und Gudrun Ohlsen gewählt. Der neue Vorstand wurde durch Hans Martin Konzelmann gesegnet, und Kolja Witt blies zu diesem besonderen Anlass den Schofar. Bei der Eroberung Jerichos unter Josua waren es sieben dieser Hallposaunen, die vor dem Einsturz der Stadtmauern geblasen wurden (Josua 6,4-20). Nehmen wir es als gutes Omen für die Arbeit von Bündnis C – Christen für Deutschland, um in Hamburg ideologische Mauern zum Einstürzen zu bringen und Neues aufzurichten.

In jedem Fall war die Versammlung nicht nur in der Weise erfolgreich, dass ein neuer Landesverband gegründet wurde, sondern es wurde auch eine Zusammenarbeit von Schleswig-Holstein und Hamburg anvi-



siert. Es bietet sich an, dass beide nördlichen Verbände sich unterstützen und gemeinsame Aktionen planen.

Wir wünschen dem neuen Verband und dem Vorstand gutes Gelingen, weise Entscheidungen und den reichen Segen unseres Herrn.

Ute Büschkens-
Schmidt

Stellvertretende
Bundesvorsitzende



Hessen

Landesparteitag am 26. Oktober 2024

Erstmals in der Geschichte des Landesverbandes Hessen fand ein Landesparteitag im nordhessischen Eschwege statt. Am Vormittag kamen über 20 Mitglieder und Interessenten in die Evangelisch-Freikirchliche Gemeinde Eschwege, um den spannenden Bericht von Talita Höhl über die aktuelle Situation in Israel zu hören. Sie war selbst 15 Monate lang von Juli 2023 bis September 2024 in Israel, hat den 7. Oktober und den Iranangriff miterlebt und neben ihren Studien die Ausbildung zur Rettungssanitäterin bestanden. Aufgrund ihres intensiven Kontakts mit den Menschen vor Ort gab sie einen empathischen, hautnahen und erschütternden Einblick in ein traumatisiertes, zerrissenes und dennoch hoffnungsvolles Israel.

Am Nachmittag wurde turnusgemäß ein neuer Landesvorstand gewählt. Nachdem die langjährige Vorsitzende Andrea Rehwald nicht mehr für dieses Amt kandidierte, wählten die anwesenden Mitglieder Dr. Norbert Höhl (Petersberg-Marbach) einstimmig zu ihrem Nachfolger.¹ Zu seinen Stellvertretern wurden Ludwig Grünert (Linden) und Edith Hoffmeister (Schwalmstadt) berufen und Ute Stähling (Neukirchen) als Schatzmeisterin in ihrem Amt bestätigt. Als Beisitzer fungieren Sascha Feuring (Glauburg), Regina Ladner (Eschwege), Reinhard Lehmann (Roßdorf), Andrea Rehwald (Merenberg), Dieter Rühl (Grebenhain) und Claudia Wiegand (Eschwege).



Im Namen aller Mitglieder des Landesverbandes Hessen dankte Dr. Norbert Höhl der bisherigen Landesvorsitzenden Andrea Rehwald für ihre wertvolle in den letzten Jahren geleistete Arbeit, und Edith Hoffmeister

¹ Anmerkung des Bundesvorstandes: Aufgrund einer Ordnungsmaßnahme des Bundesvorstandes (Satzung § 4.2 b) ist Herr Dr. Norbert Höhl als Landesvorsitzender Hessen und Beisitzer im Bundesvorstand zurückgetreten. Der Landesverband Hessen wird demnächst den Landesvorsitz neu wählen.

überreichte ihr ein kleines Dankeschön. Der neue Landesvorstand, in dessen Amtszeit die Bundestagswahl 2025 und die Kommunalwahlen in Hessen 2026 fallen werden, stellte sich in einer Gebetsgemeinschaft unter Gottes Segen für eine fruchtbare, harmonische und erfolgreiche Arbeit in den nächsten beiden Jahren.

Im weiteren Verlauf beschloss der Landesparteitag die Teilnahme an der Bundestagswahl 2025.

Aufstellungsversammlung Bundestagswahl

In der anschließenden Mitgliederversammlung wurde die Landesliste Hessen für die Bundestagswahl 2025 aufgestellt. Folgende 53 Kandidaten wurden nominiert:

01. Dr. Norbert Höhl (Petersberg)
02. Andrea Rehwald (Merenberg)
03. Ludwig Grünert (Linden)
04. Edith Hoffmeister (Schwalmstadt)
05. Dieter Rühl (Grebenhain)
06. Claudia Wiegand (Eschwege)
07. Sascha Feuring (Glauburg)
08. Ute Staehling (Neukirchen)
09. Alain Kaffo (Fulda)
10. Regina Ladner (Eschwege)
11. Jörg-Peter Roos (Groß-Umstadt)
12. Christine Törner-Roos (Groß-Umstadt)
13. Reinhard Lehmann (Roßdorf)
14. Ute Lehmann (Roßdorf)
15. Stefan Kühn (Wettenberg)
16. Regina Hornung (Großenlüder)
17. Noa-Benjamin Höhl (Petersberg)
18. Talita Höhl (Petersberg)
19. Carina Höhl (Petersberg)
20. Stephanie Höhl (Petersberg)
21. Holger Will (Kalbach)
22. Monika Karb (Lampertheim)
23. Gerald Suppes (Hofbieber)
24. Ellen Wess (Fulda)
25. Albert Kloninger (Langgöns)
26. Heike Bauer (Lindenfels)
27. Daniel Brachmann (Fulda)
28. Mechthild Kienle (Petersberg)
29. Werner Appel (Gießen)
30. Sonia Kamdem Zeugang (Fulda)
31. Anton Euler (Bensheim)
32. Nicole Köthe (Fulda)
33. Axel Steinmüller (Buseck)
34. Christine König (Petersberg)
35. Frank Baumgart (Burghaun)
36. Susanne Kramer-Wunderling (Petersberg)
37. Josias Rehwald (Merenberg)
38. Christiane Reitz (Eschwege)

39. Nico Kaltschmitt (Kalbach)
40. Katharina Bott (Petersberg)
41. Luisa Bott (Fulda)
42. Peter Kaufmann (Hünfeld)
43. Erika Kaufmann (Hünfeld)
44. Frank Löber (Kassel)
45. Gabriele Löber (Kassel)
46. Alexandru Selko (Fulda)
47. Sonja Andre (Fulda)
48. Maria Boldiova (Fulda)
49. Roselinde Cordevinus (Fulda)
50. Gabriele Krenzer (Petersberg)
51. Corine Mbobda (Fulda)
52. Dorothea Rehm (Fulda)
53. Tatiana Sokolova (Fulda)

Dr. Norbert Höhl

Landesverband Hessen

Rheinland-Pfalz

Neuer Landesvorstand in Rheinland-Pfalz

Auf dem Landesparteitag Rheinland-Pfalz am Samstag, den 16.11.2024 in Simmern wurde ein neuer Landesvorstand gewählt.

Landesvorsitzender: Eckhard Braun

Stellvertretende Landesvorsitzende: Andreas Wolff,
Martin Brüggehofo

Schatzmeister: Robert Werthmann-Bast

Beisitzer: Volker Giese

Als Delegierte des Landesverbandes zum Bundesparteitag wurden Eckhard Braun, Andreas Wolff und Martin Brüggehofo gewählt.

Am Vormittag des Landesparteitages beschäftigten sich die Teilnehmer in zwei Impulsreferaten mit den Themen „Warum Christen sich politisch engagieren?“ (Andreas Wolff) und „Suchet der Stadt Bestes und betet dafür“ von Martin Brüggehofo.

Andreas Wolff

Stellvertretender
Landesvorsitzender
Rheinland-Pfalz



Bezirksverband Nordost

Mitte Oktober fand der Bezirksparteitag des Verbandes Nordost von Rheinland-Pfalz in der Grillhütte des Ortes Merkelbach im Westerwald statt. Bei wärmendem Kaminfeuer trafen wir uns zum turnusgemäßen Parteitag.

Nach dem Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden wurde der Vorstand für die Jahre 2022 und 2023 entlastet.

In einem Kurzreferat befasste sich Jörg Wallmeroth mit dem Thema Migration. Er berichtete, dass er aus eigenem Erleben und seiner von Gott geschenkten Gabe mit Migranten ganz unterschiedlicher Nationalität Kontakt herstellen konnte. Dabei erfuhr er oft eine große Offenheit von ihnen, auch für den christlichen Glauben. Jörg Wallmeroth beleuchtete das Thema auch von der Bibel her im Alten und im Neuen Testament. Gott nimmt jeden Menschen an, auch die Fremden, wenn sie Gott fürchten und Recht tun.

Ausblicke auf Möglichkeiten mit unserer kleinen Schar für 2025 haben sich nicht erschlossen. Es wurde aber die Wichtigkeit des Gebets betont mit der Bitte an Gott, was wir im Bezirk umsetzen können.

Der Parteitag endete mit Gebet und dem zugesprochenen Aaronitischen Segen.

Volker Giese

Bezirksvorsitzender
Nord-Ost



Suchet der Stadt Bestes

Vortrag auf dem Landesparteitag
Rheinland-Pfalz

Gottes Auftrag für uns zum Wohle unserer Stadt/ unseres Dorfes

“Wer in den kleinen Dingen treu ist, ist auch in großen treu; und wer in den kleinen Dingen unzuverlässig ist, ist es auch in den großen.“ (Lukas 16,10)

Ein Aufruf Jesu, zuerst mal ‚kleine Brötchen‘ backen zu lernen, bevor die großen und leckeren Torten an der Reihe sind?

Die Herkunft des Politikers David

“Darum sollst du meinem Diener David ausrichten: ‚So spricht Jahwe, der Allmächtige: Ich selbst habe dich von der Schafherde weggeholt und dich zum Herrscher über Mein Volk Israel gemacht.“ (2Samuel 7,8)

Der junge David hatte in seiner Familie die so ziemlich unbedeutendste Stellung. Er war unter Ackerbauern in einer fruchtbaren Gegend (Bethlehem = Haus des Brotes) lediglich für das Hüten von ein paar Schafen zuständig. Niemand außer Gott hatte ihn wirklich auf dem Schirm. Als Samuel zu Davids Vater Isai kam und dessen Söhne zwecks Königssalbung sichten wollte, wurde David zunächst schlichtweg vergessen (1Samuel 16,11). Bei einer späteren Gelegenheit wurde David von seinem ältesten Bruder wegen seiner scheinbar unbedeutenden Arbeit herabgesetzt und verächtlich gemacht (1Samuel 17,28).

Aber in der Wildnis, bei den Schafen, entwickelte David Fähigkeiten und Charakterzüge, die er später als König brauchen und umsetzen konnte:

- Ein Volk führen, beschützen und versorgen
- Feinde siegreich bekämpfen
- In Krisensituationen standhaft bleiben, und vor allem
- Beten, Gott loben und sich Seiner Führung anzuvertrauen.

Wo ist Dein kleiner Bereich, wo Du Gott bereits dienst, dich um die paar Schafe kümmerst, und wo Er dich vielleicht für Größeres vorbereitet? Sind wir individuell, als Gemeinde Jesu oder als Partei wirklich im Kleinen treu? Oder verachten wir innerlich, wie Davids ältester Bruder, die scheinbar geringen Dinge vor Ort? Haben wir übersehen, was Gott uns bereits ganz praktisch vor und hinter der eigenen Haustür aufgetragen hat?

Das Land einnehmen

“Nachdem nun Mose, der Diener Jahwes, gestorben war, sagte Jahwe zu Josua Ben-Nun, Moses Helfer: ‚Mein Diener Mose ist gestorben. Mach dich jetzt mit dem ganzen Volk bereit, den Jordan zu überqueren und in das Land zu ziehen, das Ich den Israeliten geben will. Jedes Stück Land, das ihr betretet, wird euch gehören, wie Ich es Mose versprochen habe.“ (Josua 1,1-3)

Das Land wird offenbar nicht zuerst über seine Hauptstadt eingenommen, sondern Stück für Stück, Ort für Ort. Wenn wir wirklich von Gott dazu berufen sind, als Christen und als christliche Partei politisch zum Wohl und Segen unseres Landes zu wirken (und ohne so eine klare Berufung wäre es sinnlos, weiterzumachen), warum sehen wir nach mittlerweile 35 Jahren politischer Präsenz immer noch keine Erfüllung, kein wirkliches Vorankommen in dieser Berufung? Haben wir das Land vielleicht nicht in der Art und Weise ‚erobert‘, wie GOTT es eigentlich vorgesehen hat? Weil wir, wie Davids Bruder, die paar Schafe vor Ort mit samt ihrem Hirten geringgeachtet oder sogar übersehen haben?

Vor Ort beginnen

“Bemüht euch um das Wohl der Stadt, in die Ich euch verbannt habe, und betet für sie zu Jahwe! Denn wenn es ihr gut geht, geht es auch euch gut.“ (Jeremia 29,7)

Gottes Auftrag an die Juden betraf allein den lokalen Exil-Ort – nicht die Provinz, nicht das Land, nicht das babylonische Imperium – die Stadt, den Ort, das Dorf, die Familie als kleinste politische Einheit, wo Politik ganz praktisch auf Augenhöhe mit den Menschen eingeübt und gelebt werden kann, ein Ort politischer und sozialer Handlungsfähigkeit, Stabilität und Versorgung, wenn übergeordnete Systeme und Strukturen versagen oder möglicherweise sogar ganz zusammenbrechen.

Selbst, wenn ein Reich oder ein Staat aufhört, zu existieren, bleiben die meisten Städte, Gemeinden und Dörfer als soziale und politische Einheiten bestehen. Das babylonische Imperium ging unter und wurde durch andere Reiche und Herrschaften (Meder und Perser, Griechen, Römer) abgelöst. Das antike Israel ging ebenfalls als politische Einheit unter, aber die meisten Städte und Ortschaften überdauerten bis heute.

Mein Fazit

Ich möchte dazu ermutigen, den Blick auf die Angelegenheiten vor Ort, in Deiner Stadt, in Deinem Dorf zu richten, GOTT um Weisheit zu bitten, wie wir an unserem Ort dienen können und damit den Menschen in unserem jeweiligen Umfeld. Ich bin sicher, GOTT wird es uns zeigen, und ER wird uns Gelegenheiten geben, dies ganz praktisch umzusetzen, auch wenn das möglicherweise ganz anders sein wird, als wir es erwartet haben.

Die Bibel und die Geschichte selbst bezeugen, dass Christen nicht zwingend politische Ämter bekleiden müssen, um gesellschaftlichen Einfluss auszuüben. Mose, Samuel, Elia, Elisa und andere biblische Propheten hatten keine politischen Funktionen, aber GOTT gebrauchte sie dennoch vollmächtig, zumeist mit großem Einfluss auf die politischen Akteure und gesellschaftlichen Verhältnisse ihrer Zeit.

“Wie viele andere wären noch zu nennen! Doch die Zeit würde mir fehlen, wenn ich von Gideon und Barak erzählen wollte, von Simson, Jiftach und David, von Samuel und den Propheten. Aufgrund des Glaubens haben sie Königreiche niedergezwungen, für Gerechtigkeit gesorgt und bekommen, was Gott ihnen versprochen hatte.“ (Hebräer 11,32-33)

(M)Eine Vision

In jeder Gemeinde, in jeder Stadt, in jedem Dorf, finden sich mindestens 2-3 Personen, die anfangen, gemeinsam für ihren Ort das Beste zu suchen, für ihren Ort zu GOTT zu beten und zum Wohle ihres Ortes aktiv zu werden.

“Und auch das versichere ich euch: Wenn zwei von euch hier auf der Erde eins werden über irgendeine Sache, die sie erbitten wollen, dann wird sie ihnen von meinem Vater im Himmel gegeben werden. Denn wo zwei oder drei in meinem Namen zusammenkommen, da bin ich in ihrer Mitte.“ (Matthäus 18,19-20)

Wäre das vielleicht ein spannendes Projekt, das wir als Bündnis C auf den Weg bringen könnten?

In Rheinland-Pfalz gibt es 2301 selbständige politische Gemeinden² und die Anzahl der Ortsteile und Dörfer liegt noch wesentlich höher. Was können wir tun, um uns selbst und andere Christen zu ermutigen, vor Ort, vor ihrer eigenen Haustür, aktiv zu werden, zum Wohl

und Segen unseres Heimatortes und der dort lebenden Mitmenschen?

Ideen für nächste Schritte

- Erarbeitung einer Broschüre zum Thema ‚Suchet der Stadt Bestes‘ mit biblischen Grundlagen, Ideen und Erfahrungsberichten, wie wir als Christen vor Ort aktiv werden können
- Formulierung kommunalpolitischer Leitlinien aus christlicher Sicht als Handreichung für alle, die sich bereits vor Ort engagieren oder neu aktiv werden möchten
- Vernetzung untereinander, überregionale Veranstaltungen, Seminare, Schulungen etc.

Jesus hat einmal gesagt: *„Ich bin gekommen, um Feuer auf die Erde zu werfen, und ich wünschte, es würde schon brennen.“ (Lukas 12,49)*

In diesem Sinne: Feuer frei für eine anregende Diskussion!

Martin Brüggelhofe

Stellvertretender Landesvorsitzender Rheinland-Pfalz

EINDRUCK zum Herunterladen und Weiterleiten:

Unter buendnis-c.de/eindruck-magazin/ können Sie unsere EINDRUCK-Hefte online lesen und an Interessenten weitergeben.



² Liste der Städte und Gemeinden in Rheinland-Pfalz – Wikipedia

Bayern

Gründungsparteitag Bezirksverband Mittelfranken

Wir freuen uns über den neuen Bezirksverband Mittelfranken, der am Freitag, den 2. August 2024, gegründet wurde. In den Räumen der Landeskirchlichen Gemeinschaft Fürth begrüßte der Vorsitzende des Landesverbandes Bayern Horst Wodarz die anwesenden Mitglieder und Gäste, darunter Annette König und Dr. Norbert Höhl vom Bundesvorstand sowie Jörg Werner vom Bezirksverband Oberfranken. Er eröffnete um 18.10 Uhr den Gründungsparteitag mit Gebet.

Zunächst gab Selina Koffler (Erlangen) einen Rückblick auf die Entstehungsgeschichte: Auf dem Landesparteitag am 2. März 2024 in München war Michael Krug (Büchenbach) als Koordinator beauftragt worden, die Gründung des Bezirksverbandes Mittelfranken in die Wege zu leiten. Ein erstes Planungstreffen fand am 11. April 2024 in der Wohnung von Simeon und Selina Koffler in Erlangen statt, an dem Michael Krug und Martin Lehmeier sowie Annette König und Karin Wloka aus Oberfranken teilnahmen. An dieser Stelle bedanken wir uns herzlich und ausdrücklich bei unserem benachbarten Bezirksverband Oberfranken, der uns bei der Gründungsvorbereitung so tatkräftig unterstützt hat. Bei einem weiteren Vorbereitungstreffen am 3. Mai 2024 in den Räumen der LKG Fürth gab es für die 15 anwesenden Mitglieder und Interessenten die Gelegenheit, sich in einer gemütlichen Talkrunde über das Gründungsvorhaben des Bezirksverbands Mittelfranken sowie über die allgemeine politische Situation in Deutschland und Bayern auszutauschen.

Auf dem Gründungsparteitag am 2. August 2024 wurden schließlich folgende Personen in den Bezirksvorstand gewählt:

Bezirksvorsitzende: Selina Koffler (Erlangen)
Stellv. Vorsitzender: Michael Krug (Büchenbach)
Schatzmeister: Simeon Koffler (Erlangen)
Beisitzer: Martin Lehmeier (Fürth)

Es wurden außerdem vier Delegierte und Ersatzdelegierte und zwei Kassenprüfer gewählt. Im Anschluss stellten die anwesenden Versammlungsteilnehmer den neuen Bezirksvorstand unter den Segen Gottes mit der Bitte, dass Gott durch den neugegründeten Bezirksverband mächtig in Mittelfranken wirkt und Bündnis C seiner Berufung als Salz und Licht in der Region gerecht wird.

Tatsächlich startete der Bezirksverband gleich am nächsten Tag, am Samstag, den 03. August 2024, mit der ersten Aktion: Auf Initiative von Dr. Norbert Höhl hatte der Bezirksverband zu einer Demo in Nürnberg vor der Lorenzkirche eingeladen mit dem Thema: Nürnberg steht an der Seite Israels. Mit Israelfahnen, Transparenten, christlichen und jüdischen Liedern, die von Michael Krug vorgetragen wurden, bekundeten wir in aller Öffentlichkeit unsere Liebe, herzliche Freundschaft und uneingeschränkte Solidarität mit Israel.

Insbesondere Touristen aus Israel sowie jüdische Mitbürger und Nürnberger Christen freuten sich über unsere Präsenz und unseren Mut, in Zeiten wie diesen öffentlich an der Seite Israels zu stehen. Einige Iraner machten Fotos mit den zahlreichen Israelfahnen an unserem Stand, da sie im Gegensatz zur Regierung ihres Heimatlandes den Staat Israel respektieren und unterstützen.

Wie zu erwarten, gab es natürlich auch Widerspruch von propalästinensischen Passanten, insbesondere von muslimischen Mitbürgern, die uns aggressiv anschrien und israelfeindliche Hassparolen von sich gaben. Davon ließen wir uns aber nicht einschüchtern, sondern organisierten am Jahrestag des grausamen Überfalls der Hamas auf Israel vom 7. Oktober 2023 eine Gedenkveranstaltung in Erlangen. Wir planen auch in weiteren Städten Mittelfrankens Israel-Demos und Infostände mit Bündnis C.

Da uns auch das Lebensrecht von der Zeugung bis zum natürlichen Tod ein wichtiges Herzensanliegen ist, sind wir mit Mitgliedern des Bezirksverbands Mittelfranken am Samstag, den 21. September 2024, zum Marsch für das Leben nach Berlin gefahren.



Selina Koffler

Bezirksvorsitzende
Mittelfranken



v.l.n.r. Michael Krug, Simeon und Selina Koffler,
Martin Lehmeyer

Jahresrückblick Bezirksverband Oberfranken

Im Rückblick des vergangenen Jahres hat unser Bezirksverband ein lachendes und ein weinendes Auge. Es haben uns nicht nur die Europa- und die Landtagswahl in Sachsen beschäftigt, sondern auch die Zustände in Israel und das Heimgehen zu Jesus unseres Arno Puschmann sehr bewegt.

Norbert Höhl aus Fulda (Hessen) organisierte eine Israel-Versammlung am 29.07.2024 bei uns in Hof, welche einzigartig unter Gottes Schutz gestellt wurde. Für 6 angemeldete Teilnehmer stellte die Hofer Polizei 3 Beamte und einen dazugehörigen Bus zur Verfügung. Nach dem Aufbau versammelten sich viele Palästina-Anhänger neben unserem Stand und bewarfen uns mit Silvester-Böllern, die uns nicht trafen. Die Polizei schritt sofort ein und innerhalb weniger Minuten hatten wir 11 Polizeibeamte und 6 Einsatzwagen um uns stehen. Die Polizei ging freundlich und autoritär mit den Unruhestiftern um und es kam so weit, dass die Palästina-Anhänger mit uns (einigermaßen) ruhig diskutierten und sogar die Polizisten interessiert an unseren biblischen und politischen Erklärungen Gefallen fanden. Wir konnten politisches Infomaterial und zwei Bibeln in Fremdsprachen austeilen. Natürlich sangen wir die Israel-Hymne und andere Lieder. Zum Schluss kam die Polizei auf uns zu und fragte, ob wir mit dem Polizeieinsatz zufrieden waren. Wir bedankten uns überreichlich und lobten den friedlichen Einsatz und die Vorgehensweise der Beamten.

Am 21.09. waren wir beim Marsch für das Leben. Mit dem Oberfrankenbus (organisiert und gefahren von Martin Kühn), ging es nach Berlin.



Auch in diesem Jahr konnten wir am Tag der Deutschen Einheit in Mödlareuth mit einem Infostand dabei sein. Hier unterstützte uns Pastor Nmecha Eke Uma aus Österreich, welcher von Bündnis C sehr begeistert ist und es schade findet, dass es uns nicht in Österreich gibt.

Eine willkommenes Beisammensein ist unser monatlicher Stammtisch im Bistro „GleisEins“ in Naila. Natürlich werden hier viel politische Themen besprochen, aber es kommt auch vor, dass man gemütlich zusammensitzt und sich von der netten Bewirtung, den köstlichen Speisen und Getränken verwöhnen lässt.

Zum Schluss möchte ich noch erwähnen, dass wir 7 neue Mitglieder (Stand 18.11.2024) gewinnen konnten.

Die Zusammenarbeit in Oberfranken macht sehr viel Spaß und ist mit viel Nächstenliebe verbunden. Ich möchte mich deshalb bei allen Mitgliedern bedanken, welche mir als Vorsitzende den Rücken stärken und unsere Aktionen so tatkräftig unterstützen!

Ich wünsche allen Gottes Segen und freue mich auf ein neues, spannendes 2025!

Annette König

Bezirksvorsitzende
Oberfranken



Niedersachsen

Erfahrungsbericht aus der Gemeinderatsarbeit

Die regelmäßigen SPD/Bündnis C-Sitzungen finden meistens einmal im Monat statt und laufen im Großen und Ganzen in einem sachlichen Stil ab. Wegen meines montäglichen Nachtdienstes musste ich die Sitzungen teilweise früher verlassen. Aber bis dahin war das meiste besprochen.

Seit Januar 2024 standen u. a. der Haushalt 2024 auf der Agenda des Gemeinderats, der Neubau der Grundschule Bad Essen sowie Aufbau, Ausbau und Betrieb eines Güter- und Containerhafens am Standort Bohmte/Mittellandkanal. Die Kindertagesstätte Noah in meinem Wohnort Eielstädt mit sechs Gruppen und 100 Plätzen wurde im August 2024 eingeweiht. Es ist ein riesiges ansehnliches Objekt. Weitere Bauvorhaben in Teilen von Bad Essen wurden genehmigt und begonnen. Es ist ein gutes Auskommen mit den Ratskollegen, sowohl mit der SPD als auch mit der CDU/FDP.

Der 50. Historische Markt in Bad Essen fand vom 23. – 25. 8. 2024 statt. Etliche hundert Menschen nahmen daran teil. Auf dem Markt gab es Essensstände, Musik und Handwerkerstände, auf denen wie früher genäht, gekocht und gearbeitet wurde. Am Freitag habe ich mit einer Ratskollegin für drei Stunden den Münzprägestand betreut. Hier haben wir für Interessierte Münzen von Bad Essen in Zink gestanzt oder sie konnten es auch selbst machen. Daneben gab es nette Kontakte mit vorbeigehenden Besuchern.

Im Ortsrat Eielstädt, wo ich als beratendes Mitglied tätig bin, läuft es auch gut. Die Gespräche für eine Entlastungsstraße durch Eielstädt und das Planen von Bauvorhaben sind voll im Gange. Vor kurzem war ein Treffen mit vielen Familien nach dem Laternenumzug auf dem Dorfplatz in Eielstädt. Dort hatte ich die Gelegenheit, mit der Bürgermeisterin und anderen Mitarbeitern über aktuelle Dinge zu sprechen. Ein Thema war der Volkstrauertag und die Frage, wie man ihn begeht. Lässt man es bei der traditionellen Form der Gedenkveranstaltung oder nimmt man Veränderungen vor?

In bin dankbar, in der Gemeindegarbeit tätig sein zu können und mich nach meinem Vermögen einzubringen.

*Hermann Bohnenkamp
Kreisvorsitzender Osnabrück Stadt und Land*

Nordrhein-Westfalen

Ein starkes Bündnis für Schwerte

Sebastian Rühling ist ein engagierter Ratsherr im Stadtrat von Schwerte und ein überzeugtes Mitglied von Bündnis Deutschland. Vor seinem Eintritt in die Partei, die 2022 gegründet wurde, war er Mitglied der AfD, von der er sich inzwischen deutlich distanziert hat.

Erstes Treffen und fruchtbarer Austausch

Kurz nach dem Landesparteitag und meiner Ernennung zum stellvertretenden Vorsitzenden am 09. 11. 2024 in Espelkamp nahm Sebastian über Facebook Kontakt zu mir auf und lud mich zu einem persönlichen Gespräch ein. Beide wohnen wir in Westhofen, einem Stadtteil von Schwerte, was den Austausch sehr erleichtert hat.

In unserem Gespräch haben wir viele politische Themen angesprochen, die für uns als Mitglieder von Bündnis C und Bündnis Deutschland von besonderer Bedeutung sind: Fragen zur Abtreibung, zur Gender-Ideologie, zur Situation im Nahen Osten und dem Konflikt in der Ukraine. Auch wenn unsere beiden Parteien in ihrer Perspektive teils unterschiedliche Ansätze verfolgen – wir von einem christlichen Standpunkt, Bündnis Deutschland aus einer eher säkularen Sicht – sind wir uns in wesentlichen Grundsätzen einig. Beide Parteien unterstützen Israel bedingungslos, setzen auf friedliche Verhandlungen im Nahen Osten und in Europa und streben danach, Deutschland als verantwortungsbewussten, diplomatischen Partner auf der internationalen Bühne zu etablieren. Ebenso sprechen wir uns entschieden gegen die Auflösung traditioneller Werte und Geschlechterrollen aus, wie sie etwa durch das Selbstbestimmungsgesetz vorangetrieben wird.

Gemeinsame Veranstaltungen und gegenseitiger Austausch

Aus diesen Gemeinsamkeiten heraus haben wir besprochen, wie wir die Zusammenarbeit zwischen unseren Parteien vertiefen können. So planen wir gemeinsame Veranstaltungen, um den Austausch unter den Mitgliedern beider Parteien zu fördern und neue Kontakte zu knüpfen. Konkret wurde über eine Veranstaltung zum Selbstbestimmungsgesetz und zur Waffenrechtsdebatte nachgedacht. Auch die Teilnahme an den Stammtischen von Bündnis Deutschland steht im Raum.

Ausblick auf die Kommunalwahlen 2025 in Schwerte

Mit Blick auf die Kommunalwahlen in Schwerte im nächsten Jahr ist die Idee entstanden, gemeinsam zu kandidieren. Bündnis C ist derzeit in Schwerte kaum bekannt, könnte aber durch ein solches Bündnis an Aufmerksamkeit gewinnen und sich vor Ort stärker etablieren. Zwar ist die endgültige Entscheidung darüber noch nicht gefallen, doch ein Sitz im Stadtrat wäre bei erfolgreicher Vorbereitung und guter Zusammenarbeit beider Parteien ein realistisches Ziel.

Starke Zusammenarbeit für mehr Wirkung

Kleinparteien haben es oft besonders schwer, sich gegen große politische Blöcke zu behaupten. Doch in gemeinsamer Stärke können wir Großes erreichen. Oder wie es schon in Prediger 4,9 heißt: „So ist's ja besser zwei als eins; denn sie genießen doch ihrer Arbeit wohl.“

Peter Kleinitzky

Stellvertretender
Landesvorsitzender
Nordrhein-Westfalen



Mecklenburg-Vorpommern

Kirchentag und HotSpot

Anlässlich des 75-jährigen Jubiläums des Deutschen Evangelischen Kirchentages organisierte der Kirchenkreis Pommern der Nordkirche am 20./21. September 2024 erneut einen regionalen Kirchentag, diesmal in der Hansestadt Greifswald. Greifswald wurde als Veranstaltungsort ausgewählt, da der erste Präsident und Wegbereiter des Deutschen Evangelischen Kirchentages, Reinold von Thadden (1891 – 1976), aus Pommern stammte.

Bereits im letzten Jahr hatten die besonders engagierten vorpommerschen „Kirchentags-Freaks“ einen regionalen Kirchentag in Pasewalk organisiert. Wir waren als Landesverband von Bündnis C auch in diesem Jahr wieder beim „Markt der Möglichkeiten“ präsent



und konnten „Seit´ an Seit“ mit Glaubensgeschwistern aus anderen Werken und Gemeinden für die Aktualität und Relevanz der biblischen Botschaft für jeden persönlich, aber auch im politischen und gesellschaftlichen Bereich werben.

Der persönliche Austausch mit Gleichgesinnten wie auch mit kritischen Stimmen war erfreulich und herausfordernd. Unsere Gesprächspartner bewegte vor allem Gottes Berufung für uns mit dem jüdischen Volk und die Identitätspolitik unserer Regierungen auf Bundes- und Landesebene.

Anfang November waren wir wieder beim „HotSpot/ Forum missionarischer Möglichkeiten“ in Waren mit einem Info-Stand dabei. Die Veranstaltung wird seit vielen Jahren vom Gnadauer Verband zusammen mit der freikirchlichen Bewegung unseres Bundeslandes verantwortet. Zusammen mit Geschwistern verschiedenster Dienste und Werke, mit denen wir freundschaftlich verbunden sind, haben wir uns gegenseitig in unseren Berufungen informiert, gestärkt und ermutigt.

Unsere Einsätze haben uns wieder deutlich gemacht, wie wichtig es zum einen ist, Gleichgesinnten eine Stimme in der Politik zu sein, und andererseits den vom liberalen Zeitgeist Verführten sachgerechte Informationen anzubieten und Orientierung zu geben.

Christian
Hauser

Landesvorsitzender
Mecklenburg-
Vorpommern



Schleswig-Holstein

Die Ampel hat sich abgeschafft. Kommt nun der Kreisel?

Verkehrsteilnehmer wissen es schon lange: Ampeln stören den Verkehrsfluss und die Unterhaltskosten sind wesentlich höher als bei Kreiseln.

Die Koalition aus SPD, Grünen und FDP hat durch die Aufblähung des Verwaltungsapparates eindrücklich gezeigt, dass diese aus dem Straßenverkehr bekannte Erkenntnis auch in die Politik übertragbar ist. Wenn der Bundeskanzler nun behauptet, dass die Gelbphase der Ampel, also die FDP, daran Schuld trage, dass der Straßenverkehr nicht fließt, dann sollte er Verkehrsexperten fragen. Sie werden ihm bestätigen, dass eine Ampel ohne die Gelbphase keine Alternative ist. Die Ampeln mit Rot und Grün sind noch gefährlicher als Ampeln mit einer Gelbphase.

Nun kommt die Idee des Bundeskanzlers, dass man auch mit wechselnden Mehrheiten leben könne und durchaus auch Rot, Rot, Grün und Schwarz zusammen Gesetze verabschieden können und als Ersatzampeln dienen. Ich finde dies kann schnell Unfälle verursachen. Die Folge sind Verletzte und Verkehrstote.

Die beste Alternative könnte der Kreisel sein. Beim Kreisel wird keiner blockiert. Alle Parteien, egal ob groß oder klein, werden in den demokratischen Pro-

zess einbezogen und wirken an guten Lösungen mit. Dies wäre eine von gegenseitigem Respekt geprägte Politik. Diesen Respekt hatte Bundeskanzler Olaf Scholz in seinem Bundestagswahlkampf 2021 plakatiert. Alle Abgeordneten des Bundestages sind einer Politik zum Wohl der Bürger verpflichtet. Ich wünsche mir, dass wieder mehr respektvoll miteinander und nicht mehr schlecht und beleidigend übereinander gesprochen wird.

Wir haben als Landesverband Schleswig-Holstein 2024 die Gründung des Landesverbandes in Hamburg unterstützt und uns gefreut, dass wir vom Landesverband Nordrhein-Westfalen zur Unterstützung ihres Landesparteitages eingeladen wurden. Bei beiden Veranstaltungen erlebten wir einen liebevollen und respektvollen Umgang zwischen den Parteimitgliedern. So kann Parteiarbeit gelingen und Freude machen.



Hans Martin
Konzelmann

Landesvorsitzender
Schleswig-Holstein

Folgen Sie uns in den Sozialen Medien!

Bündnis C ist in den verschiedensten Sozialen Medien mit Inhalten vertreten. Diese lassen sich in der Regel auf den jeweiligen Plattformen über die Suchleiste und die Eingabe von Bündnis C finden. Hier die Übersicht der verschiedenen Kanäle mit dem dazugehörigen Direktlink zu Bündnis C:

Wir würden uns freuen, wenn Sie uns auf Ihrem bevorzugten Medium folgen bzw. es abonnieren, sodass Sie immer informiert sind. Besonders helfen Sie uns, wenn Sie unsere Beiträge teilen, weiterverbreiten und einen Kommentar hinterlassen.



<https://buendnis-c.de/>



<https://t.me/buendnisC>



<https://www.facebook.com/buendnisC>



<https://twitter.com/buendnisC>



<https://www.instagram.com/buendnisC>



<https://www.youtube.com/buendnisC>

Ich bin dafür

Es wird zu viel schlecht geredet. Zu viel geschimpft, gejammert, gemeckert, sich beschwert, beklagt, Dinge zerredet, Leute beleidigt, Probleme betont, Sachverhalte verkürzt, Streit gesucht, Recht behalten, die eigene Meinung über andere erhoben, Undankbarkeit gezeigt und so weiter.

Deshalb heißt es an dieser Stelle: **Ich bin dafür!**

Heute: Die verbale Abrüstung

Wenn man die politische Auseinandersetzung beobachtet, hier bei uns in Deutschland oder auch darüber hinaus, dann fällt seit langem auf, dass der Ton rauer wird. Nicht unbedingt, weil mehr und intensiver über Sachthemen gesprochen wird, das wäre ja keine Erwähnung wert. Politiker (und auch Diskussionsteilnehmer in anderen Bereichen) entfernen sich scheinbar immer weiter vom Austausch und Gegenüberstellen von Argumenten. Stattdessen wird sich zunehmend beschimpft. Aus allen Lagern heraus und gegen jeden, der möglicherweise oder tatsächlich auf der vermeintlich anderen Seite steht. Die sachliche Auseinandersetzung mit den Themen und Argumenten des politischen Gegners oder Mitbewerbers weicht zunehmend dem Verunglimpfen seiner Protagonisten. Mit verheerenden Folgen. Denn das gegenseitige Vertrauen schwindet, die persönlichen Verletzungen nehmen zu und die Zusammenarbeit über die eigenen Grenzen hinweg wird schwieriger bis unmöglich. Wir können das gerade in Sachsen und Thüringen beobachten, wo es unmöglich erscheint, stabile Regierungen zu bilden.

Wir sollten uns an dieser Spaltung nicht beteiligen. Das bedeutet nicht, dass wir uns nicht auseinandersetzen sollen mit den Zielen und Plänen der Parteien. Aber dafür müssen wir sie nicht diskreditieren, ihre Vertreter nicht verunglimpfen oder beleidigen.

Im Brief an die Römer ermahnt uns Paulus: „*Soviel an euch liegt, haltet mit allen Menschen Frieden.*“ (Röm 12,18) Mit ihnen Frieden zu halten meint nicht, mit ihnen übereinzustimmen. Man kann auch mit Freunden und Wettbewerbern hart um die Sache debattieren. Aber wenn die Art, wie wir diese Debatte führen, auf der anderen Seite Verletzungen hervorruft, wie wollen wir diesem Land dienen? Wenn wir in die „Volksverräter“-Rufe einstimmen oder das „Sie gehören alle eingesperrt!“-Lied mitsingen, was machen wir da besser?

Wer soll uns als die Alternative wahrnehmen, die wir als christliche Partei sein können und sein wollen?

In der Apostelgeschichte lesen wir von Paulus, der mit einer Mission nach Korinth ging, dort aber zunächst in seinem Beruf arbeitete und ein normales Leben führte. „*Und er lehrte in der Synagoge an allen Sabbaten und überzeugte Juden und Griechen.*“ (Apg 18,4). Das Lehren in der jüdischen Kultur ist immer ein Diskutieren, ein Abwägen, Antworten und Zitieren von anderen Lehrern. Ein Hin und Her, kein Vortrag im Frontalunterricht. Es führt nicht zum Erfolg, wenn ich mein Gegenüber nicht ernst nehme oder ihn verprelle. Wenn ich ihn überzeugen will, dann darf ich ihn nicht vor den Kopf stoßen. Und es bedarf gründlicher Vorbereitung, der intensiven Beschäftigung mit den Nöten des Landes, mit den eigenen Themen und Standpunkten und denen des Gegenübers. Fehler in der Argumentationskette der anderen aufzuzeigen gehört dazu und auch den Finger in die Wunde zu legen. Aber niemals so, dass die Tür zugeschlagen wird für weitere Auseinandersetzungen oder, und das ist ja das angestrebte Ziel, zur gemeinsamen Übernahme von Verantwortung. Wenn uns aus Mangel an Argumenten nur die Beleidigung des Gegners bleibt, um uns ihm gegenüber zu profilieren, dann haben wir auf dem Schauplatz der politischen Auseinandersetzung nichts verloren. Wenn wir dagegen in einer sachlichen Diskussion mit guten Argumenten auffallen und unser Gegenüber keine Angst vor persönlichen Angriffen haben muss, dann werden zumindest manche gerne mit uns sprechen, auch wenn wir nicht einer Meinung sind oder werden. Und die Zuhörer werden uns ernst nehmen, was sich möglicherweise in mehr Wählerstimmen zeigt.

Wenn nun Sie, geschätzter Leser, statt einzustimmen in die allgemein übliche Politikerschelte oder mitzusingen im Chor der Beschimpfer, sich angesprochen und herausgefordert fühlen, lieber das fachliche Profil unserer Partei weiter schärfen zu helfen oder die Breite der Themen zu vergrößern durch sachliche Expertise oder programmatische Mitarbeit: Ich bin dafür!

Hartmut Voss

Stellvertretender Bundesvorsitzender

Ampel-Aus: Ist der Zug gestoppt?

Am 6. November 2024 gewann Donald Trump die US-Präsidentschaftswahlen. Am selben Tag entließ der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu seinen Verteidigungsminister Yoav Gallant und ersetzte ihn durch Israel Katz. Am Abend zerbrach in Deutschland die Regierungskoalition aus SPD, Grünen und FDP. Wir befinden uns weltpolitisch in einer Zeit des Umbruchs. Wo die Lage unübersichtlich wird, sind kreative Minderheiten gefragt mit göttlichem Durchblick, Weitblick und neuen Ideen, die den Übergang gestalten.

Verantwortung für eine gescheiterte Agenda

Die Ampel-Regierung ist vorzeitig auseinandergebrochen. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Regierung lag schon länger bei über 80 % und es wurde ihr Rücktritt erwartet. Vor allem die Lage der Wirtschaft verschlechterte sich in den letzten Monaten rapide, und in der Migrationsfrage waren keine wirksamen Lösungen erkennbar.

Die „Fortschrittskoalition“ war angetreten, um die Ernte des 68er Neomarxismus einzufahren. Dessen Parole war: Kein Gott, kein Staat, kein Patriarchat. Der Zug in Richtung Grün-Links war bereits von den Vorgängerregierungen unter CDU-Führung in Gang gesetzt worden. Unter der Ampel-Koalition verdichteten sich Gesetzesvorhaben zu einem Generalangriff auf die christlichen Grundlagen unserer Kultur und Gesellschaft, auf die Wirtschaft, Freiheit und Eigenverantwortung, die Deutschland fortschreitend an einen Abgrund gebracht haben.

Bundeskanzler Scholz schob nach dem Bruch der Koalition dennoch die Vertrauensfrage hinaus, um mit der Restregierung aus SPD und Grünen weitere Gesetzesvorhaben durch den Bundestag bringen. Statt Scheitern einzugestehen, ergehen sich die vormaligen Koalitionspartner in Schuldzuweisungen, besonders gegen Ex-Finanzminister Lindner, der an der Schuldenbremse festhielt. Kanzler Scholz und Wirtschaftsminister Habeck gehen bei den vorgezogenen Neuwahlen wieder als Kanzlerkandidaten ihrer Parteien ins Rennen und erheben Anspruch auf eine erneute Regierungsbeteiligung. In der aktuellen Lage Deutsch-

lands nach drei Jahren Regierungszeit ist von den Hauptverantwortlichen jedoch eine Bestandsaufnahme gefragt, wie sie diese Situation mitverschuldet haben, und das Zepter aus der Hand zu legen. Verantwortungsübernahme für das Scheitern der Regierung ist die Voraussetzung für ein neues Mandat.

Keine weiteren Gesetzesvorhaben, die Deutschland schaden

Der Zustand Deutschlands ist zu ernst, um bis zu den Neuwahlen weitere Projekte einer gescheiterten Agenda durchzudrücken. Unter anderem will ein Gruppenantrag von Abgeordneten der SPD, Grünen und Linken mit der Unterschrift des Kanzlers noch § 218 kippen vor der Neuwahl und Abtreibungen bis zur 12. Schwangerschaftswoche legalisieren. Ein Gesetz zur Stärkung des Bundesverfassungsgerichtes soll die Verfassungsgerichtsbarkeit als Garantin einer freiheitlichen, demokratischen und rechtsstaatlichen Ordnung vor einseitiger politischer Einflussnahme schützen, die schon lange einseitig stattfindet.

Verständigung jenseits der Lagerkämpfe

Alle Gesetzesvorhaben hängen an der CDU-Fraktion, deren Ausschlusskriterium nach Merz ist, „Zufallsmehrheiten mit der AfD“ zu verhindern. Diese Fortschreibung der Brandmauer statt sachorientierter Arbeit wirft seine Schatten auf eine mögliche Regierungsbildung voraus. Während in drei östlichen Bundesländern noch immer keine neuen Landesregierungen stehen oder das in einem Strohfeuer gezündete BSW ins Regierungsboot geholt wurde, setzt die CDU als absehbar stärkste Kraft auf die gescheiterten Ampelparteien als Partner. Damit ist keine Umkehr der bisherigen Politik zu erwarten und Deutschland weiter massiv in Gefahr. Auch der AfD-Verbotsantrag, den noch Mitte November 113 Abgeordnete an den Bundestag eingereicht haben, lässt keinen Willen zu politischer Verständigung jenseits der Lagerkämpfe erkennen. Deutschland braucht jedoch Regierende, die in Demut parteiübergreifend neue Wege bahnen aus Krisen und Polarisierung, damit unser Land wieder Subsistenz, Gerechtigkeit, Zukunft und Hoffnung gewinnt.

Das Machtvakuum füllen

Was Deutschland für Europa ist, sind die USA für die Welt, die auf die Zeit bis zur Regierungsübernahme Trumps am 20. Januar und zu den am 23. Februar 2025 angesetzten Neuwahlen in Deutschland schauen. Deutschland ist der wichtigste Verbündete der USA. Die deutsch-amerikanischen Beziehungen beeinflussen die Stabilität Europas und weltweit. Das Wahlergebnis in den USA wird deren weitere Politik beeinflussen in der UN, gegenüber Israel, dem Iran und im Nahen Osten, in der NATO, im Ukraine-Krieg und in Europa. Am 1. Dezember nimmt zudem mit Ursula von der Leyen an der Spitze in Brüssel die neue EU-Kommission ihre Arbeit auf, die die neuen Machtverhältnisse im Europaparlament widerspiegelt.

In den Machtkämpfen der Übergänge verstärkt Russland seine Angriffe auf die Ukraine, auch mit nuklearfähigen Raketen, wie sie ab 2026 von den USA in Deutschland stationiert werden sollen. Mit der Freigabe des Einsatzes weitreichender US-Raketen gegen Russland und dessen Kriegsbeteiligung nordkoreanischer Soldaten wächst die Gefahr eines Weltkrieges, auch wenn Bundeskanzler Scholz der Ukraine Taurus-Marschflugkörper weiter vorenthält. Nachdem der Iran zudem die Inbetriebnahme neuer Zentrifugen angekündigt hat, nimmt Israel die iranischen Atomanlagen ins Visier. Zwischen diesen Fronten ist vor allem unser Gebet gefragt, dass das Machtvakuum gefüllt und die Zerstörungspläne des Bösen zurückdrängt werden.

Hilfe kommt unter dem Kreuz

Deutschland trägt Führungsverantwortung in Europa, das die wirtschaftliche und politische Lähmung Deutschlands mit Sorge verfolgt. Wenn der deutsche Motor stottert, kommt Europa ins Schleudern. Andreas Keller (Stiftung Schleife, Schweiz) veröffentlichte vor einem Jahr einen prophetischen Traum, den er im Oktober 2022 empfangen hatte,¹ in dem der ICE Deutschland alle Steine auf dem Gleis und Warnampeln überfährt, die Schwerindustrie hinter sich lässt und schließlich entgleist. Das Wunder war: es wurde niemand verletzt. Hilfe kam am Rande des Trümmerfeldes aus Häusern, die Licht waren, wo Versorgung und Liebe war, von Menschen, die sich kreuzweise auf den Boden legten und die Hilfe von Gott selbst erwarteten.

Der Einsturz der Carolabrücke in Dresden scheint ein Alarmsignal in diese Richtung zu sein. Mit dem Aus der Ampel-Regierung ist der ICE Deutschland ausge-



bremst, aber nicht gestoppt. Beten wir in dieser Zeit um Gnade im Gericht und eine neue Bundesregierung, die die Hilfe Gottes sucht. Und bereiten wir uns vor, diese Lichthäuser zu werden, innovative Lösungen aus biblischer Quelle zu erarbeiten, um die Wiederherstellung Deutschlands mitzugestalten, mit kreativen Minderheiten, die in den Umbrüchen vor uns die Richtung weisen.

In allem, was vor uns liegt, steht fest: Der Retter ist da, und er heißt nicht Donald Trump oder eine neue Bundesregierung, sondern Jesus Christus. Wie bei der Erschaffung der Welt schon der Geist Gottes über dem Chaos schwebte, so spricht er durch die Geschichte hindurch auch heute: „Siehe, ich mache alles neu.“ (Offenbarung 21,5) Dafür arbeiten wir in Bündnis C – Christen für Deutschland.



Karin Heepen

Bundesvorsitzende
Bündnis C

¹ <https://www.youtube.com/watch?v=ethxUfo9Pdo>

Wahlen im Osten, eine eingestürzte Brücke und Hochwasser: Wo sind die Brückenbauer?



Die Ergebnisse der Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen spalten weiter das Land. Im Angesicht der Sächsischen Staatskanzlei bricht eine exponierte Brücke ein. Und Hochwasser flutet die Nachbarländer und Teile Ostdeutschlands. Deutschland braucht Akteure, die parteiübergreifend verhandeln und statt in Wahlversprechen und Klimavorgaben in eine intakte Infrastruktur investieren.

Dresden hat eine hervorragende Fakultät für Bahnbau, heute an der TU angesiedelt, früher an der Hochschule für Verkehrswesen, die weit über die DDR hinaus mit Patenten bekannt war. Eine exponierte Elbebrücke wird von bestausgebildeten und erfahrenen Spezialisten geprüft. Wenn in einem solchen, fachlich exzellenten Umfeld eine vielbefahrene große Brücke einstürzt, wirft das ein nicht mehr zu übersehendes Schlaglicht auf den Zustand der Infrastruktur, der Wirtschaft und falscher Prioritäten der Haushalte beim Einsatz öffentlicher Gelder.

Die Carolabrücke ist im Angesicht der Staatskanzlei und des sächsischen Finanzministeriums wenige Tage nach den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen eingebrochen. Die Politik spaltet das Land weiter, statt Brücken wurden Mauern gebaut. Staatsrechtlich sind Abgeordnete mit ihrer Wahl in ein Parlament ihrem Gewissen und dem Grundgesetz verpflichtet, nicht ihrer

Partei und Unvereinbarkeitsbeschlüssen. Im Parlament ist der Abgeordnete ein in seinem Gewissen freier Repräsentant des ganzen Volkes. Das Mandat und das Grundgesetz stehen über Parteibelangen, um die Arbeitsfähigkeit des Parlaments zu gewährleisten und die besten Lösungen zu finden.

Es braucht jetzt für die Regierungsbildungen Akteure, die willens und in der Lage sind, parteiübergreifend zu verhandeln und neue Wege der Zusammenarbeit aus der Taufe zu heben. Das herrschende Parteiensystem hat ausgedient. Und Minderheitsregierungen können keinen Umbruch gestalten. Wer die Demokratie zu Ende gehen sieht mit den aktuellen Wahlergebnissen, dem sei gesagt: Die Wahlergebnisse sind demokratisch zustande gekommen und die Wahlbeteiligung war fast so hoch wie nach der Wende 1989. Bisher passive Nichtwähler wurden aktiviert und damit die Demokratie erheblich gestärkt – auch wenn uns das Ergebnis nicht gefällt.

Das Hochwasser, das über die eingestürzte Brücke fließt, spült auch symbolisch Strukturen weg, die keinen Bestand mehr haben. Wir leiden mit den Opfern in unseren Nachbarländern, beten um Versorgung und dass der Regen aufhört. Aber wo hinter jeder Überschwemmung und jedem Sturm die politisch obligatorische Deutung als Klimawandel steht, sagen wir: Nein, Hochwasser gab es schon immer. Und dass Katastrophen zunehmen, ist uns in der Bibel in Matthäus 24 vorausgesagt. Angesichts dieser Prognosen darf die Wirtschaft nicht weiter mit Ideologievorgaben und zahllosen Auflagen stranguliert werden. In der Sächsischen Staatskanzlei regiert die CDU, die früher als wirtschaftsfreundlich galt. Die Verantwortung der neu gewählten Abgeordneten ist nicht, Wahlversprechen ihrer Parteien zu finanzieren, sondern der bestmögliche Schutz der Bevölkerung auch vor Katastrophen und dafür in eine intakte Infrastruktur zu investieren. Damit es den ICE Deutschland nicht komplett aus dem Gleis wirft.

(19.09.2024)

*Karin Heepen,
Bundesvorsitzende*

Wann wird Kritik an Israel zu Antisemitismus?

Gerade jetzt, wo Israel einen Überlebenskampf führt, braucht man Argumente, um verborgenen Judenhass zu erkennen und zu kennzeichnen. Ich zitiere hier aus einem Artikel der Jüdischen Rundschau im September 2024:

„Wann wird Kritik an Israel zu Antisemitismus? Es gibt einen recht einfachen Lackmustest für Antisemitismus. Man muss einen dieser sogenannten „Israel-Kritiker“ nur fragen: Ist es für Sie in Ordnung, dass Juden getötet werden, ohne dass Israel sie verteidigen darf? Antisemiten vertreten dann an dieser Stelle typischerweise und regelmäßig die Meinung, dass wenn Israel mit der Ermordung seiner Bürger konfrontiert wird, es absolut nichts unternehmen sollte, um nicht zu „eskalierten“. Darüber hinaus ist ohnehin alles, was Israel tut, für diese sogenannten Israel-Kritiker, die in Wirklichkeit in der Wolle gefärbte Israel-Hasser, wenn nicht gar Antisemiten sind, per Definition ein Verbrechen. [...]

Es gibt in der Tat einen recht einfachen Lackmustest für Antisemitismus. Man muss einen Kritiker nur fragen: Ist es für ihn in Ordnung, Juden zu töten? [...]

Viele Menschen räuspern sich beispielsweise zunächst, indem sie Dinge sagen wie: ‚Ja, der 7. Oktober war schrecklich‘ oder ‚Natürlich hat Israel das Recht, sich zu verteidigen‘, bevor sie mit dem Schimpfen beginnen, das auf ihr unvermeidliches ‚Aber ...‘ folgt. [...]



Was die Tirade in der Regel beinhaltet – hinter den Krokodilstränen über zivile Opfer, Siedlerkolonialismus und andere Klischees – ist eine recht einfache, wenn auch unausgesprochene Behauptung: Wenn Israel mit der Ermordung seiner Bürger konfrontiert wird, sollte es absolut nichts tun. Darüber hinaus ist alles, was Israel tut, per Definition ein Verbrechen.

Obwohl die Menschen, die dieses Argument vorbringen, sich im Allgemeinen für fast schon Heilige halten, kann man ein solches Argument nur auf der Grundlage eines einzigartigen und einzigartig monströsen Prinzips vorbringen: Jüdisches Leben ist wertlos.

Das heißt, die Heiligen argumentieren, dass Juden und der Staat, den sie zu ihrem Schutz geschaffen haben, auf alle menschlichen Instinkte, Moral, Würde und gesunden Menschenverstand verzichten und einfach nur dasitzen und sich ermorden lassen sollten. Niemand, der irgendeinen Wert im Leben eines Juden sieht – oder, wie man vermuten könnte, in irgendeinem Leben überhaupt – könnte so etwas glauben, geschweige denn laut aussprechen. Für diejenigen, die es glauben, ist ‚Antisemit‘ die einzig zutreffende Beschreibung.“¹

Meine Schlussfolgerung: Vielen von uns wird das bekannt vorkommen. Viele, die so gegen Israel argumentieren, fühlen sich als Gutmenschen, auf jeden Fall moralisch überlegen. Die Argumentation, wer sich nicht wehren darf, ist wertlos – vogelfrei, ist eine treffende Logik. Viele der Antisemiten haben sich oft nur noch keine eigenen Gedanken gemacht und sind anderen in der Argumentation gefolgt. Meiner Erfahrung nach kann man zumindest diesen im persönlichen Gespräch die Augen öffnen.



Thomas
Lamowski

Landesvorsitzender
Sachsen

¹ Benjamin Kerstein. Die Frage, die Antisemiten entlarvt. Jüdische Rundschau 9 (121) September 2024, S. 15

Zwingt Israel seinen Nachbarn einen Krieg auf?

Israel hat mit seinen Verbündeten einen weiteren Großangriff des Iran vereitelt. Während die Hisbollah den Beschuss Israels immer mehr ausgeweitet und die israelischen Streitkräfte deren Führungsspitze eliminiert haben, titeln deutsche Medien, Israel wolle den Libanon in einen großen Krieg ziehen. Und die deutsche Außenministerin argwöhnte, dass die Ausschaltung von Top-Terrorist Nasrallah in keinster Weise im Interesse der Sicherheit Israels sei. Bündnis C fordert die Bundesregierung auf, den Ruf Deutschlands und die Beziehung zu Israel nicht weiter zu beschädigen, die Umsetzung von UN-Resolution 1701 zu erwirken und gerade jetzt uneingeschränkt sich für die Sicherheit Israels einzusetzen.

An vielen Orten der Welt feierten Juden und Iraner gleichermaßen die Eliminierung Nasrallahs, der Führungsspitze der Hisbollah und rechte Hand des iranischen Mullah-Regimes und seiner Revolutionsgarden, eines Top-Terroristen, der tausende Menschenleben auf dem Gewissen hat. Die US-Administration würdigte den Präzisionseinsatz der israelischen Luftwaffe auf das Hisbollah-Hauptquartier und die Ausschaltung fast der gesamten Führungsriege innerhalb einer Woche als Chance für die Stabilisierung des Libanon, befreit aus dem Griff der Hisbollah und des Iran. Die Hisbollah ist für die Tötung von tausenden Israelis, Amerikanern und Libanesen verantwortlich während einer vier Jahrzehnte währenden Terrorherrschaft.

Außenministerin Baerbocks Unterstellung einer Destabilisierung des Libanon durch die israelischen Angriffe zeugt von Blindheit für die Destabilisierung des Libanon durch die Hisbollah. Die deutsche Regierung hat wie die Vereinten Nationen und die EU nichts unternommen zur Durchsetzung von Resolution 1701 des UN-Sicherheitsrates, damit die Hisbollah entwaffnet wird und sich aus dem Grenzgebiet zu Israel zurückzieht. Das Auswärtige Amt verweigert Waffenexporte nach Israel, die angeblich dem humanitären Völkerrecht widersprechen, und wendet das Völkerrecht damit gegen Israel. Es verantwortet auch die jüngste Enthaltung der deutschen Abgesandten in der UN-Vollversammlung zu einer Resolution, die Israel zum Rückzug aus Judäa, Samaria und Ostjerusalem zwingen will. Während Baerbock anmaßend die israelische Regierung belehrt, bleibt es gegenüber dem iranischen

Terror-Regime bei leeren Drohungen. Die deutsche Außenpolitik dient damit in keinster Weise der Sicherheit Israels und ist ebenso wenig im deutschen Interesse.

Israel zwingt weder dem Iran noch der Hisbollah einen Krieg auf, sondern wurde gezwungen, auch gegen die Hisbollah Krieg zu führen. Der trifft auch die libanesischen Bevölkerung, weil die Hisbollah den Süden des Landes beherrscht, der laut UN-Resolution seit 18 Jahren von deren bewaffneten Truppen beräumt werden soll, und die von da aus seit fast 12 Monaten Israel täglich mit Raketen beschießt. 70 000 Israelis mussten deshalb aus dem Norden evakuiert werden und leben im Landesinneren in Notunterkünften. Dörfer und riesige Flächen wurden durch den Beschuss und dadurch ausgelöste Brände zerstört. Die Hisbollah plante ein ähnliches Massaker im Norden Israels wie die Hamas am 7. Oktober vom Gazastreifen aus. Dem ist die israelische Verteidigung zuvorgekommen, u. a. mit den Pager-Explosionen wurden etwa 1500 Terroristen gezielt kampfunfähig gemacht. Waffenlager wurden zerstört und Hisbollah-Führer getötet.

Die erneuten Drohungen des Mullah-Regimes aus dem Iran und ein weiterer Angriff auf Israel waren vorhersehbar. Wenn angeblich weder der Iran noch die Hisbollah den offenen Krieg mit Israel wollten, so haben sie ihn gezielt provoziert. Wenn UN, EU und die deutsche Außenpolitik nun unisono vor einer Eskalation des israelischen Verteidigungskrieges warnen und Waffenstillstände fordern, wird damit eine perfide Täter-Opfer-Umkehr betrieben, Israel sein Recht auf Verteidigung abgesprochen und damit Hass auf Israel geschürt.

Resolution 1701 des UN-Sicherheitsrates hatte zum Ziel, die Wiederbewaffnung der Hisbollah nach dem Krieg zwischen Israel und dem Libanon im Jahr 2006 zu verhindern. Unter direkter Beobachtung der UN-Friedenstruppen hat die vom Iran unterstützte schiitische Miliz stattdessen die libanesischen Regierung übernommen und sich zur mächtigsten Terrorgruppe der Welt entwickelt. Sie verfügt über ein Arsenal von schätzungsweise 140 000 Raketen und Flugkörpern, die in zivilen Häusern und Einrichtungen im ganzen Libanon gelagert werden, was eine eklatante Verletzung des Völkerrechts darstellt.

Israel nannte den Militärschlag gegen Nasrallah und seine Führungsriege „Operation neue Ordnung.“ Bündnis C fordert die Bundesregierung auf, nach dem Verteidigungskrieg Israels gegen die Hisbollah und den Iran sich in der UN für die Umsetzung der Resolution 1701 einzusetzen, damit das Grenzgebiet zu Israel neu geordnet und ein sicherer Ort wird – für die Libanesen, für Israel und für die gesamte Region. Wir fordern die uneingeschränkte Unterstützung der deutschen Regierungspolitik für die Sicherheit Israels als Staatsräson gerade jetzt, die nicht zuletzt in deutschem Inte-

resse ist. Wer sich an Israel vergreift, verbrennt sich die Finger, wofür die Nachbarländer Israels zu beklagende Beispiele sind. Wer Israel hingegen segnet, wird gesegnet (4Mose 24,9). Dass 180 Raketen aus dem Iran letzte Nacht in Israel ein einziges palästinensisches Opfer gefordert haben, möge auch für die ein Zeichen des Schutzes Gottes über Israel sein, die heute auf Berliner Straßen den Raketenangriff gefeiert haben.

(Pressemitteilung 02.10.2024)

Finanzierung von UNRWA stoppen!

Das israelische Parlament hat mit großer Mehrheit für ein Verbot des Palästina-Hilfswerk der Vereinten Nationen (UNRWA) auf israelischem Gebiet gestimmt. Damit zieht Israel die Konsequenz aus Kollaboration des Hilfswerkes mit der Hamas und der internationalen Unterstützung der Korruption. Bündnis C fordert die deutsche Bundesregierung auf, sämtliche Zahlungen an UNWRA endgültig einzustellen und Israel beim Aufbau zielgerichteter humanitärer Hilfe für Gaza zu unterstützen.

Dass das UN-Palästinenserhilfswerks UNRWA von der Hamas unterwandert ist, ist seit langem bekannt. Seine Einrichtungen, Schulen und Krankenhäuser werden teilweise als Terror-Basen missbraucht. Lehrer und Schulbücher in UNRWA-Schulen schüren den Hass auf Israel. UNRWA hat seit seiner Gründung zu einer Verstetigung des Flüchtlingsstatus der Palästinenser beigetragen, statt zu deren Integration und einem eigenständigen Leben. Die einzige Flüchtlingsgruppe weltweit, deren Status seit drei Generationen vererbt wird, wird von ca. 30 000 UNRWA-Mitarbeitern alimentiert. Dreizehn Mitarbeiter des UN-Hilfswerkes waren nach Geheimdienststrecherchen aktiv an den Massakern der Hamas an israelischen Bürgern am 7. Oktober beteiligt. Etwa zehn Prozent der Beschäftigten haben Verbindungen zur Hamas oder dem Islamistischen Dschihad.

Dennoch wurde UNRWA in den vergangenen fünf Jahren von Deutschland als einem der größten Geldgeber mit knapp einer Milliarde Euro finanziert. Nach dem



Hamas-Angriff hatte Entwicklungsministerin Svenja Schulze eine Überprüfung der Zahlungen angekündigt. Bereits einen Monat später gab das Ministerium erneut 91 Millionen Euro frei. Auch nach Bekanntwerden der Beteiligung von Mitarbeitern am Terrorakt der Hamas am 7. Oktober 2023 wurden die Zahlungen an UNWRA nur vorübergehend eingestellt. UN-Generalsekretär Guterres drängte die Geberländer zur weiteren Finanzierung ungeachtet der Vorwürfe gegen die Organisation.

Es wird von der UN und der EU eine Zusammenarbeit fortgesetzt, die weder der eigenständigen Zukunft der palästinensischen Bevölkerung noch dem Frieden mit Israel dient. Auch daraus hat Israel jetzt mit dem Verbot von UNRWA die Konsequenzen gezogen. Das UN-Hilfswerk muss binnen drei Monaten seine Arbeit auf israelischem Territorium einstellen.

Bündnis C fordert die Einstellung von Zahlungen aus Deutschland, bis die Hamas entmachtet ist, und Israel beim Aufbau verlässlicher humanitärer Hilfe für Gaza zu unterstützen. Wenn seit dem Überfall der Hamas auf Israel von einer Zeitenwende gesprochen wird, dann muss sich diese in einer Wende der internationalen und der deutschen Nahost-Politik zeigen.

(Pressemitteilung 30.10.2024)

Kurzstatements

Gott lässt sich nicht spotten

Christen in der ganzen Welt kritisieren die Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele in Paris als blasphemisch. Die Darstellungen widergöttlich missbrauchter biblischer Inhalte gingen über das von Dragqueens pervertierte letzte Abendmahl hinaus: ein apokalyptischer Reiter mit dem Tod (Offb 6,8), der die olympische Fahne bringt, ein goldenes Kalb (2Mose 32) auf dem Altar neben der Fahne. Dazu Szenen der französischen Revolution, die blutig die enthauptete Marie Antoinette vorführen, und sonstige satanistisch anmutende Rituale.

Verwundern muss diese Inszenierung nicht. Die Olympischen Spiele haben ihren Ursprung im griechischen Götterkult und dem Humanismus der Renaissance, die in der zunehmenden Ablehnung des Christentums in Europa und besonders im französischen Laizismus ihre Verirrungen zelebrieren. Aber Gott lässt sich nicht spotten. Keine 24 Stunden nach der Zeremonie fiel Samstagabend in mehreren Stadtvierteln komplett der



Strom aus. Einzig die Basilika Sacre Coeur leuchtete auf dem Montmartre hoch über der Stadt. In Sacre Coeur wird seit dem 1. August 1885 ununterbrochen Tag und Nacht gebetet und Gott die Ehre gegeben – Weltkriege, Bombardierung und sonstige politische Unruhen hindurch und auch während dieser Olympischen Spiele und ihrer widrigen Vereinnahmung.

(29.07.2024)

Antikriegstag

Die USA sollen von 2026 an wieder Waffensysteme mit größerer Reichweite in Deutschland stationieren, um Russland abzuschrecken. Russland intensiviert

Antikriegstag

Beten und Arbeiten für den Frieden

Christlich - innovative Politik
Teilen - Unterstützen - Mitmachen

bündnis C
Christen für Deutschland

buendnis-c.de

nach dem Vorstoß der Ukraine auf russisches Territorium seine Angriffe auf zivile Ziele der Ukraine. Frankreichs Präsident Macron setzt den Frieden seines Landes mit einem linksradikalen Bündnis aufs Spiel und damit – als einziges europäisches Land mit ständigem Sitz im UN-Sicherheitsrat – die politische Stabilität und Stellung der EU. Und Israel wird von allen Seiten angegriffen und international immer mehr geächtet.

Die Zeichen stehen auf Krieg. Inmitten der Kriegstrommeln sind wir als Christen gefordert, Frieden zu stiften und Frieden zu halten. Das gilt in allen unseren Beziehungen von der persönlichen bis zur politischen Ebene. Bündnis C - Christen für Deutschland erinnert am heutigen 85. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges mit dem deutschen Überfall auf Polen an unsere besondere Verantwortung, die Erfahrungen jahrzehntelanger europäischer Entspannungspolitik nutzen, um Friedensverhandlungen in Gang zu setzen. Das biblische Gebot, auch unsere Feinde zu lieben, kann dabei Leitlinie sein, um Fronten aufzubrechen und auf die Beendigung der Angriffe hinzuwirken.

Zum Reformationstag

Reformationstag

Einen anderen Grund kann niemand legen außer dem, der gelegt ist, welcher ist Jesus Christus.

1.Korinther 3, 11

Christlich - innovative Politik
Teilen - Unterstützen - Mitmachen

bündnis C
Christen für Deutschland

buendnis-c.de

Die Reformation hat nicht nur die Kirche, sondern weit darüber hinaus das gesamte Leben in Europa verändert: Ehe und Familie, Staat und Gesellschaft, Bildung und Wissenschaft, Wirtschaft und Kunst wurden transformiert. Die Kirchen förderten das Bildungswesen auf allen Ebenen, Geistes- und Naturwissenschaften. Technische Neuerungen und eine christlich geprägte Arbeitsethik stießen die Entwicklung der Wirtschaft an.

Deutschland und Europa befinden sich in ihren tiefsten Krisen seit dem 2. Weltkrieg. Für die heute notwendige Transformation der Gesellschaft brauchen wir diesen Geist der Erneuerung aus unserem christlichen Verständnis von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, um vom Wort Gottes her Wege aus den Krisen zu bahnen. Dafür beten und arbeiten wir in Bündnis C – Christen für Deutschland. Wir überlassen unser Land nicht zerstörerischen Ideologien, Chaosmächten und Halloween, sondern weisen auf Christus hin als den Weg, die Wahrheit und neues Leben für unser Land.

7. Oktober

Heute vor einem Jahr drangen Hamas-Terroristen, andere islamistische Gruppen und Zivilisten aus dem Gazastreifen in israelisches Territorium ein, vergewaltigten und ermordeten bestialisch etwa 1200 israelische Bürger in den grenznahen Kibbuzim und auf dem Nova Musikfestival. Etwa 4400 Israelis wurden verletzt und 240 als Geiseln in den Gazastreifen verschleppt.

Der damit provozierte Verteidigungskrieg Israels dauert bis heute an und wird nunmehr auch an der Front im Libanon geführt, um den fast täglichen Raketenbeschuss der Hisbollah auf Israel zu beenden. Nicht nur die Kibbuzim im Grenzgebiet von Gaza sind zerstört, auch der Norden Israels ist weithin verbrannte Erde. Israel hat in diesem Krieg bisher mehr als 700 gefallene und über 5000 verletzte Soldaten zu beklagen. Noch immer sind etwa 100 Geiseln in der Gewalt der Hamas und 200 000 Binnenflüchtlinge können nicht in ihre Häuser zurück.

Wir nennen die Zahlen, über die niemand schreibt. Nicht Israel hat diesen Krieg provoziert, sondern die Hamas, die Hisbollah und der Iran. Wir stehen an der Seite des jüdischen Volkes, gerade jetzt, wo sich die Welt immer mehr gegen Israel wendet. Wir wissen

gleichzeitig, dass der Hass auf Gottes auserwähltes Volk militärisch nicht zu besiegen ist. Wir beten um Frieden für Israel und für die Nachbarvölker um Befreiung von ihren todbringenden islamistischen Machthabern. Am Israel Chai!

7. Oktober

HOSTAGES IN GAZA

Nie wieder ist jetzt!

Christlich - innovative Politik
Teilen - Unterstützen - Mitmachen

bündnis C
Christen für Deutschland

buendnis-c.de

9. November

Der 9. November markiert wie kein anderer Tag politische Wendepunkte der deutschen Geschichte des letzten Jahrhunderts: Am 9. November 1918 wurde mit der Novemberrevolution in Deutschland das Ende der Monarchie eingeläutet und die Republik ausgerufen. Hitlers gescheiterter Putschversuch am 9. November 1923 wollte die Republik wieder umstürzen. In der Reichspogromnacht am 9. November 1938 gab die NSDAP-Führung das Signal zum Völkermord an den Juden, dem größten Menschheitsverbrechen der Geschichte. Der 9. November 1989 setzte mit dem Mauerfall dem sozialistischen Regime der DDR das Ende.

Wir haben heute erneut die Chance einer politischen Wende, die ohne Umkehr zu den Ordnungen Gottes und Seinem Wort aber nicht gelingen wird. Das Aus der Ampelregierung beschließt eine politische Agenda, die Grundwerte unserer christlich geprägten, freiheitlichen Grundordnung überrollt und Deutschland damit an den Abgrund gebracht hat. Wir brauchen Politiker, die ihre Ideologiegebäude verlassen und Lösungen suchen zur Heilung des Landes. Als christliche Partei stellen wir uns in diese Verantwortung.

Vergessen wir über den aktuellen Turbulenzen nicht den Segen, den wir in Deutschland mit dem Mauerfall vor 35 Jahren erfahren haben, und Israel, dessen

Der IStGH verwirkt seine Legitimation und Autorität

Der Internationale Strafgerichtshof erließ Haftbefehle gegen Israels Premierminister Benjamin Netanjahu, seinen kürzlich entlassenen Verteidigungsminister Joav Galant und den Hamas-Anführer Mohammad



Feinde einen neuen Holocaust am jüdischen Volk heraufbeschwören. Wir sind erschüttert über die gestrige Hetzjagd in Amsterdam auf israelische Fußballfans mit Schwerverletzten und Vermissten, die einem Pogrom an Juden gleichkam. Der 9. November erinnert uns an unsere Verantwortung als Deutsche, die uns geschenkte Einheit als Nation zu wahren und uns schützend an die Seite unserer jüdischen Mitbürger und des Staates Israel zu stellen. Nie wieder ist jetzt!

Diab Ibrahim Al-Masri, der laut israelischem Militär nicht mehr am Leben ist. Es ist der erste Haftbefehl des IStGH gegen Regierungsmitglieder eines demokratischen Staates. Die Gleichstellung der gewählten Regierung eines Rechtsstaates mit Terroristen lässt jeden politischen Kompass und den Willen zur Lösung des Konflikts vermissen.

Wo der IStGH seinen Kompass für Recht und Unrecht verloren hat, ist Deutschland in der Verantwortung, diesen wieder auszurichten und die Forderung des EU-Außenbeauftragten Josep Borrell an die EU-Mitgliedsstaaten zurückzuweisen, die Haftbefehle des IStGH umzusetzen. Kein EU-Staat sollte mit diesem Urteil kooperieren. Es ist an der Zeit, die Unabhängigkeit des IStGH und seine Verfahrensabläufe in Frage zu stellen, wenn diese nicht mehr dem Völkerrecht dienen. Wir fordern ein klares Signal der Bundesregierung, dass sie sich an den internationalen Haftbefehl gegen Netanjahu nicht gebunden sieht, und den israelischen Premierminister auf Staatsbesuch nach Deutschland einzuladen.

(22.11.2024)

Infomaterial zum Weitergeben



Erstinfo-Flyer: Unser Mini-Handzettel liefert einen Schnellüberblick über das Positionsspektrum von Bündnis C.



Minibroschüren zur Finanzpolitik und zur Israel-Politik, kurzgefasst



Schick, kurz und bündig: Unser Treppenfalz-Faltblatt „Warum Bündnis C wählen?“



Zwei Staaten für zwei Völker? Warum die Zwei-Staaten-Lösung für Israel und Palästina gescheitert ist und realistische Wege zum Frieden (A5-Broschüre)



Wirtschaft, Außenpolitik und Migration: Wie unsere Wirtschafts- und Außenpolitik Migration verursacht und wie wir das ändern können (A5-Broschüre)



Anspruchsvoll: Unsere „Grundsätze und Eckpunkte für eine Politik nach christlichen Werten“

Telefonisch oder per Email bestellen bei:

Bündnis C – Christen für Deutschland
 Bundesgeschäftsstelle
 Winterstraße 29, 76137 Karlsruhe
 E-Mail: info@buendnis-c.de

Sich für den Frieden einsetzen

Ein Blick auf die Welt zeigt: Frieden wird sich nicht von selbst einstellen.

Kriege zwischen Nationen, Konflikte in Gesellschaften und Streitigkeiten zwischen Menschen – oft scheint es, als ob das Trennende überwiegt. Vielleicht erlebst du selbst schwierige Beziehungen, in denen Bitterkeit oder Verachtung eine Rolle spielen. Doch es gibt Hoffnung! In der siebten Seligpreisung schenkt uns Jesus eine klare Verheißung: „Glücklich sind, die Frieden stiften, denn Gott wird sie seine Kinder nennen.“ (Matthäus 5,9 HfA)

Frieden stiften geht weit über das bloße Sichern von Frieden hinaus. Jesus hat uns nicht versprochen, dass unser Leben frei von Schwierigkeiten sein wird. Stattdessen sagte Er voraus, dass wir mit Chaos, Spaltung und Missverständnissen konfrontiert werden. In einer unvollkommenen Welt gibt es immer wieder Momente, in denen wir aktiv werden und Frieden schaffen müssen.

Das bedeutet: Frieden erfordert Handeln. Es genügt nicht, nur zu hoffen, dass sich Konflikte von selbst lösen, oder das Schweigen als vermeintlichen Frieden zu akzeptieren. Frieden stiften erfordert Mut, Hingabe und oft das Verlassen unserer Komfortzone.

Keiner von uns ist perfekt, und wir alle benötigen Gottes Gnade. Friedensstifter wissen, dass sie selbst nicht über allem stehen. Sie sind sich bewusst, dass sie ebenso wie andere Menschen Fehler machen und auf Gott angewiesen sind. In einer Haltung der Demut zu handeln, ist der erste Schritt, um Konflikte aufzulösen und Beziehungen zu heilen.

Ein Schlüssel zum Frieden ist Zuhören – nicht nur, um zu antworten, sondern um zu verstehen. Selbst wenn wir anderer Meinung sind, können wir durch respektvolles Zuhören und echte Empathie die Sichtweise unseres Gegenübers wertschätzen. Dieses Verständnis baut Brücken und schafft die Basis für Versöhnung.

Jesus lebte uns vor, wie man Menschen mit Wahrheit begegnet, ohne die Gnade zu vernachlässigen. Beides gehört zusammen: Ohne Wahrheit fehlt die Orientierung, ohne Gnade fehlt die Liebe. Friedensstifter bemühen sich, die Wahrheit zu sagen – jedoch in einer

Weise, die von Gnade geprägt ist und den anderen nicht verletzt, sondern aufbaut.

Am Ende können wir ohne Jesus keinen bleibenden Frieden schaffen. Wenn wir erkennen, dass sowohl wir selbst als auch unser Gegenüber von Zerbrochenheit geprägt sind und gleichermaßen Jesu Gnade brauchen, entsteht ein Raum, in dem Gott Veränderung bewirken kann. Der Weg zu echtem Frieden führt immer an die Füße Jesu.

Frieden stiften ist oft ein langer und mühsamer Weg. Es bedeutet nicht, dass jeder Streit sofort beigelegt wird oder dass jedes Problem eine Lösung hat. Manche Konflikte bleiben bestehen, und manches braucht Zeit. Doch wenn wir uns der Aufgabe stellen und Gott in den Prozess einladen, kann Er mehr bewirken, als wir uns vorstellen können.

Dabei dürfen wir nicht vergessen, dass auch Stille und Warten ihren Platz haben. Aktionismus mag manchmal gut gemeint sein, doch er kann uns von Gottes Stimme ablenken. Frieden bedeutet auch, innezuhalten, zu reflektieren und auf Gottes Führung zu vertrauen.

Gerade in dieser Zeit des Umbruchs wünsche ich mir, dass der Friede Gottes unsere Herzen und Gedanken erfüllt. Es ist entscheidend, dass wir unseren Fokus nicht verlieren, sondern uns von Gottes Frieden leiten lassen. In Phasen der Veränderung liegen oft Herausforderungen, aber auch Chancen für einen Neuanfang.

Lasst uns gemeinsam daran arbeiten, Frieden zu stiften – in unseren Herzen, in unseren Beziehungen und in der Welt um uns herum. Gott wird uns in diesem Auftrag stärken und leiten.

Verena
Thümmel

Beisitzerin
Bundesvorstand



bündnis C



bündnis C

Christen für Deutschland

buendnis-c.de/eindruck-magazin

IMPRESSUM

EINDRUCK – das Magazin zur Politik von Bündnis C – Nr. 34 – 2024/4

V.i.S.d.P.: Karin Heepen, Redaktion: Karin Heepen

Layout: Katrin Müller, Müller Artwork Böblingen

Anfragen zum Magazin und Leserbriefe bitte an: eindruck@buendnis-c.de

Die Urheber- bzw. Nutzungsrechte der Texte, Bilder und Grafiken liegen (sofern nicht anders angegeben) bei den abgebildeten Personen oder Bündnis C.

Abb. auf Seite 1: Heike Blochwitz/Pixabay; 30: SG-IMBTUDD/wikipedia; 31: Raimund Andree/Pixabay; 33: hosny salah/Pixabay; 34: tracibass/Pixabay; 36: justfix/wikipedia

Unveränderte Vervielfältigung einzelner Beiträge für nicht-kommerzielle Zwecke wird in der Regel erlaubt, wenn Sie Bündnis C, die Heftnummer (und bei Namensbeiträgen den Autor) als Quelle nennen und uns über eine Veröffentlichung vorab informieren, die jeweiligen Nutzungsrechte korrekt behandeln und uns nachträglich einen Publikationsbeleg zusenden.



Bündnis C – Christen für Deutschland

Bundesgeschäftsstelle

Winterstraße 29, 76137 Karlsruhe

Telefon: 0721-49 55 96

E-Mail: info@buendnis-c.de

Internet: www.buendnis-c.de



Kontoverbindung: Partei Bündnis C, IBAN: DE60 6605 0101 0108 2325 62, BIC: KARSDE66XXX